

bonner perspektiven

Mai 2018

Magazin der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP)



BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK

IMPRESSUM

bonner perspektiven

wird herausgegeben von Prof. Bodo Hombach,

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH,
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

E-Mail: info@bapp-bonn.de

www.bapp-bonn.de

www.facebook.com/bapp.bonn

www.instagram.com/bonner_akademie

www.twitter.com/BonnerAkademie

Redaktion

Dr. Boris Berger (V.i.S.d.P.), Katharina Menrath, Hannes Wiethölter

Layout und Satz

Kreativ Konzept – Agentur für Werbung GmbH | www.kreativ-konzept.com

Druck

bonnprint.com GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.



BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK

Ab in die Mitte!

INHALT

VORWORT

Prof. Bodo Hombach

6

ZUM THEMA

DIE MITTE: ZUKUNFTSPRECHEN ODER AUSLAUFMODELL?

Minister Hendrik Wüst

8

MASS UND MITTE

Prof. Bodo Hombach

14

DIE VERGESSENE MITTE

Prof. Manfred Güllner

22

KAMPF FÜR DIE MITTE

Ulrich Reitz

28

JAMAICA – DIE NEUE MITTE

Alfred Merta

34

DIE MITTE ALS POLITIKWISSENSCHAFTLICHES KONZEPT

Prof. Dr. Volker Kronenberg

38

TEMPOLIMIT FÜR FASTMEDIA

Dr. Hajo Schumacher

44

RÜCKBLICK

DIE VOLKSPARTEIEN UND DAS VOLK

Demokratie zwischen Vertrauenslust und Populismus – 11. Januar 2018

52

KLIMADIPLOMATIE IM WANDEL

Wie geht es nach der COP 23 weiter? – 19. Februar 2018

54

KITT UNSERER GESELLSCHAFT

Halten Vereine uns zusammen? – 27. Februar 2018 56

AUSGETRÄUMT, AMERIKA?

Die Vereinigten Staaten unter Donald Trump – 12. März 2018 58

WAS DIE MENSCHEN ‚WIRKLICH‘ DENKEN

Demokratie im Zeitalter des Populismus – 27. März 2018 60

AUSBLICK

EIN JAHR MACRON

Hoffnungsträger für Frankreich und Europa? – 14. Mai 2018 62

OH HEIMAT!

Moritz von Uslar trifft Lucas Vogelsang – 7. Juni 2018 62

PATRIOTISMUS – 9. Juli 2018

63

AUF DEM RICHTIGEN WEG?

Infrastruktur und Mobilität in Nordrhein-Westfalen – 13. September 2018 63

RUSSLANDS NEUES SELBSTBEWUSSTSEIN – 16. November 2018

63

AUS DER AKADEMIE

Dr. Karsten Jung hat die Bonner Akademie verlassen | Dr. Boris Berger hat
übergangsweise die Geschäftsführung übernommen 64

Minister Dr. Joachim Stamp ins Kuratorium der Bonner Akademie berufen 65

VORWORT

von **Prof. Bodo Hombach**



© Volker Lamert

Prof. Bodo Hombach ist Präsident der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik.

Mephisto, unser Zeitgenosse, hatte Recht: „Denn eben wo Begriffe fehlen, / da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein. / Mit Worten lässt sich trefflich streiten, / aus Worten ein System bereiten. / An Worte lässt sich trefflich glauben, / von einem Wort lässt sich kein Jota rauben.“

Das hiermit vorgelegte Heft der „Bonner Perspektiven“ untersucht einen Begriff, der im politischen Diskurs einen breiten Raum beansprucht: Was ist, wo liegt und zu welchem Ende gibt es sie überhaupt, die „Mitte“, wo jeder „ankommen“ will, die man besetzen muss, um Wahlen zu gewinnen und deren Verlust zu irritierenden und ängstigenden Schmerzen führt?

Offenbar versteht sich hier nichts mehr von selbst. Das politische Milieu „Bundesrepublik Deutschland“ zeigt Auflösungstendenzen. Die Parteien-Tektonik ist in Bewegung geraten.

Exogene Wirkungen (Globalisierung, Digitalisierung, Armutswanderung, Klimawandel, Eurokrise) sind mit endogenen Maßnahmen nicht abzufedern. Hinreichend große Wählergruppen fühlen sich von den „Parteien der Mitte“ nicht verstanden und vertreten, weil die nicht mehr „Mitte“ sind. Das Weltbild, insbesondere von Sympathisanten der Sozialdemokratie, hat sich viel weniger verändert und nach links verschoben als die Beschlusslage deren Parteitage und Haltung und Herkunft ihres Führungspersonals. Nicht die Wähler „der Mitte“ sind von denen weggerückt, sondern die von ihren Wählern. Auch deutsche Konservative fremdeln mit ihrem politischen Stamplatz. Es ist gegenwärtig nur die CSU, die sich erkennbar nicht dauerhaft in die Rolle einer Koalitionspartei einrichten will. Die CSU kämpft vehement um die Erhaltung ihres Status als Volkspartei. Da bleibt ihr aber nur Bayern. Der Burgfrieden Großer Koalitionen im Bund in Serie, als alternativlos verkündet, blendet unangenehme Realien aus und drängt Alternativen von den Rändern in Richtung Mitte.

„Was ist, wo liegt und zu welchem Ende gibt es sie überhaupt, die ‚Mitte‘?“

Diese dialektische Symbiotik von Mitte und Rand untersucht Professor Dr. Volker Kronenberg. Das demokratische System erzeugt Ausstülpungen, ermöglicht aber auch Anpassungen und neue Wege, um wesentliche

Bedürfnisse zu integrieren. Thematische Ignoranz der Großparteien provoziert am Ende die Gründung neuer Parteien. – Sondierungen per Umfrage, das Tagesgeschäft Professor Manfred Güllners und seines Instituts, machen Trends erkennbar, die in mittelfristig historischer Perspektive durchaus eine Logik erkennen lassen. – Ein schwungvoll zugespitzter Beitrag von Ulrich Reitz schreibt – mit manchmal fröhlich-leichter Polemik – sowohl den extremen Rändern als auch der „Elite“ ins Stammbuch, dass man die Mitte vor beiden schützen müsse. Die vereinsamte Mehrheit der Gauß'schen Normalverteilung erfuhr durch die Arroganz

„Es gilt nicht mehr, um die Mitte, sondern für die Mitte zu kämpfen.“

der Mächtigen einen solchen Bedeutungsverlust, dass sie die Arroganz der Populisten für eine Lösung halten. Es gilt nicht mehr, um die Mitte, sondern für die Mitte zu kämpfen. – Da wäre die Jamaika-Idee vielleicht ein interessantes Experiment gewesen, meint Alfred Merta. Die GroKo mit ihrer bloßen „Aktualisierung des Bestehenden“ weist nicht in die Zukunft. Die Merkel-Dämmerung wird eher parteistrategische Positionskämpfe auslösen als große Themen bearbeiten.

Wie steht es um Wirtschaft und Medien, zweifellos die beiden Bereiche, wo sich die Entscheidungskämpfe um den Rest des Jahrhunderts abspielen werden? Der politische

Wettbewerb um die Deutungshoheit der Mitte bleibt folgenlos, wenn er nicht mit der ökonomischen Grundlage korrespondiert. Vor dem Hintergrund von Globalisierung und drohendem Zerfall der Welthandelsstrukturen setzt Hendrik Wüst ein Fragezeichen. Ist die Mitte Zukunftsversprechen oder Auslaufmodell?

Die Schlüsselrolle – einer der Bereiche, wo sich die Entscheidungskämpfe um den Rest des Jahrhunderts abspielen werden – der Medien schließlich betont Dr. Hajo Schumacher. Von hier erwartet er Besserung, denn von hier ging auch nicht zum wenigsten die Verschlechterung aus. Vielleicht wäre die Mitte der Zukunft ein Ort konstruktiver Entschleunigung. Die Periode der „heißen Nadel“ und ständiger „Breaking News“ erzeugt Gewöhnung und Überdruß. Verantwortliche Journalisten werden sich der Schlagzeilenindustrie entziehen und Leser finden, die es sich wert sind, das Relevante, ordentlich Recherchierte und abgewogen Bewertete zu wollen.

„Vielleicht wäre die Mitte der Zukunft ein Ort konstruktiver Entschleunigung.“

Wen wundert's: Die Beiträge der Autoren sind kluge und facettenreiche Sondierungen, aber sie enthalten weit mehr als Sachverhalt und Trend. Sie verraten persönliches Engagement. Ihre Stimme „vibriert“. Ihnen ist bewusst: Unter dem Stethoskop schlägt ein Herz, auch das eigene.

DIE MITTE: ZUKUNFTSPRECHEN ODER AUSLAUFMODELL?

von **Minister Hendrik Wüst**

In den letzten Jahren rücken zunehmend die Ränder in den Fokus der politischen und gesellschaftlichen Debatte. Vor gut zehn Jahren stand hier noch die Mitte. Wer oder was ist eigentlich diese Mitte? Was prägt sie und was macht sie stark?

Die Mitte ist zunächst starke ökonomische Mittelschicht, deren relativer Wohlstand Ergebnis der großen ökonomischen Erfolge unseres Landes ist. Sie konnte deshalb stark werden, weil diese Erfolge geteilt wurden. Der Mitte liegt aber mehr als eine ökonomische Definition zugrunde. Sie eint ein gemeinsames Wertefundament. Basierend auf dem christlichen Bild vom Menschen ist dieses Wertefundament Grundlage unserer Verfassung. Die Mitte zeichnet aus, dass sie immun ist gegen politische Extreme. Hieran hatten in den vergangenen siebenzig Jahren die beiden großen Volksparteien entscheidenden Anteil, indem sie zur Mitte hin integriert anstatt polarisiert haben.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes zogen ihre Lehren aus dem Untergang der Weimarer Republik nicht nur in politischer, sondern gerade auch in ökonomischer Hinsicht. Auch die wirtschaftliche Instabilität – Hyperinflation, Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit – hatte die Menschen veranlasst, den Heilsversprechen radikaler Parteien Glauben zu schenken. Wenngleich das Scheitern des ersten Versuchs der Etablierung einer demokratisch verfassten Staatsordnung auf deutschem Boden nicht monokausal zu erklären



© Ralph Sandermann

Hendrik Wüst ist Minister für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen sowie Landesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW.

ist, spielten die Auswüchse der Wirtschaft- und Währungskrisen doch eine entscheidende Rolle.

Im Nachkriegsdeutschland wuchs so die Erkenntnis, dass ökonomische Instabilität zwangsläufig auch zu politischer Instabilität führe. Diese Erkenntnis bildete die Geburtsstunde der sozialen Marktwirtschaft als Gegenentwurf zu staatlicher Wirtschaftslenkung und zum Kapitalismus reiner Form.

„Der Mitte liegt mehr als eine ökonomische Definition zugrunde. Sie eint ein gemeinsames Wertefundament.“

Die soziale Marktwirtschaft und ihre Idee, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden, bildete die

Grundlage für den wirtschaftlichen Aufstieg der jungen Bundesrepublik. Indem sie den Menschen im Nachkriegsdeutschland ermöglichte, am „Wirtschaftswunder“ teilzuhaben, entwickelte sich die soziale Marktwirtschaft zum Wohlstandsversprechen.

„Aufgabe von Politik ist, die Mitte wieder stärker in den Fokus der öffentlichen Debatte zu rücken.“

Chancengleichheit und Aufstiegsversprechen sind die Triebfedern für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands. Das Versprechen, dass Leistung mit Aufstieg belohnt wird, verbunden mit der Sicherheit, dass die Solidargemeinschaft den Bedürftigen auffängt, setzt die Kräfte frei und erzeugt die Stabilität, die die deutsche Wirtschaft in der Welt so erfolgreich sein lässt. Das zeigt sich nicht zuletzt an der Bedeutung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Kein anderes Land ist derart mittelständisch geprägt wie Deutschland. Zu Recht wird der Mittelstand deshalb als Rückgrat der deutschen Wirtschaft bezeichnet – erwirtschaftet er doch mehr als die Hälfte unserer Wertschöpfung.

Ausgerechnet dieses Wohlstandsversprechen wird von der Mitte zunehmend in Zweifel gezogen. Zum einen treibt die Mitte verstärkt die Frage nach der eigenen Zukunft und der Zukunft ihrer Kinder um. Die Sorge, Verlierer einer zunehmend vernetzten und globalisier-

„Die Mitte zeichnet aus, dass sie immun ist gegen politische Extreme.“

ten Welt zu werden, ist nicht mehr allein Sorge einkommensschwacher Schichten, sondern auch Sorge der Mitte. Zum anderen haben die Leistungsträger der Mitte unserer Gesellschaft zunehmend den Eindruck, Politik würde ihre Interessen gegenüber den gesellschaftlichen, sozialen und politischen Rändern vernachlässigen.

Aufgabe von Politik ist daher, die Mitte wieder stärker in den Fokus der öffentlichen Debatte zu rücken. Politik muss darüber diskutieren, wie wir auch zukünftig ökonomische Teilhabe ermöglichen. Die Erfolgsgeschichte der sozialen Marktwirtschaft ist keine Geschichte der Umverteilung, sondern eine Geschichte der Teilhabe an wirtschaftlichem Wachstum. Die soziale Marktwirtschaft will nicht den Wohlstand der Wenigen auf die Vielen verteilen, sondern den Vielen ermöglichen, durch eigene Leistung ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

„Wer die Mitte der Gesellschaft in Deutschland für Globalisierung und digitalen Wandel stark machen will, muss sie entlasten.“

DIE MITTE: ZUKUNFTSPRECHEN ODER AUSLAUFMODELL?

Diese Erfolgsgeschichte der sozialen Marktwirtschaft muss Deutschland auch im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung fortschreiben. Dies kann nur gelingen, wenn Deutschland sich aktiv den Herausforderungen des digitalen Wandels stellt. Wer nur die Hardware liefert, wird schnell zum abhängigen Lohnfertiger der kreativen Digitalgiganten und austauschbar.

Wer die Mitte der Gesellschaft in Deutschland für Globalisierung und digitalen Wandel stark machen will, muss sie entlasten. Die Mitte muss von Bürokratie entlastet werden, damit unternehmerische Freiheit und Kreativität sich entfalten können. Die Mitte muss finanziell entlastet werden, damit sie bereit ist, die mit der Digitalisierung einhergehenden finanziellen Risiken einzugehen.

„Wenn Verantwortung und Haftung auseinanderklaffen, nimmt das Vertrauen der Mitte in die Eliten zu Recht ab.“

Wer die Mitte der Gesellschaft in Deutschland für Globalisierung und digitalen Wandel stark machen will, muss ihr aber auch die richtigen Instrumente an die Hand geben. So ist es beispielsweise unerlässlich, die Lust auf Unternehmensgründung und Digitales schon in Schule und Hochschule zu fördern. In Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung deshalb das „Gründer-Stipendium NRW“ ins

Leben gerufen. Darüber hinaus muss mehr in Bildung, Forschung und Infrastruktur investiert werden.

Um die Leistungsbereitschaft aller Einkommensgruppen zu erhalten, muss bei allen Armutsdebatten – so berechtigt sie sein mögen – immer auch das Lohnabstandsgebot im Blick behalten werden. Wenn sich Leistung nicht mehr lohnt, kommt das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft unter die Räder. Diese Automatismen sind auch bei Überlegungen zur Gewährung eines bedingungslosen Grundeinkommens im Hinterkopf zu halten. Nicht nur das. Auch am anderen Ende der Einkommensskala gilt es aufzupassen: Wenn Verantwortung und Haftung auseinanderklaffen, nimmt das Vertrauen der Mitte in die Eliten zu Recht ab.

Mitte ist aber mehr als Einkommensgeographie. Wenn wir den Begriff Mitte in Deutschland nutzen, meinen wir auch immer Werte, die von der Mehrheit der Gesellschaft getragen werden. Dann meinen wir den Konsens über die Werte unseres Grundgesetzes, über unsere Grundrechte und die Spielregeln des gesellschaftlichen Miteinanders. Dazu zählen ein Mindestmaß an respektvollem Umgang

„Wenn wir den Begriff Mitte in Deutschland nutzen, meinen wir auch immer Werte, die von der Mehrheit der Gesellschaft getragen werden.“

miteinander, Offenheit, bürgerschaftliches Engagement auch über den eigenen Nutzen hinaus, Leistungsbereitschaft sowie trotz mancher Besorgnis ein zuversichtlicher Blick in die Zukunft.

Das gilt es auch seitens der Politik im Blick zu halten. Sowohl im Auftreten als auch bei den politischen Inhalten muss Politik wenn schon nicht leuchtendes Vorbild, dann doch bitte nicht permanent Regelbrecher sein. Wenn sich Politiker nicht zu wichtig nehmen, ist das gut. Wenn sie so reden, dass sie auch außerhalb der Politik verstanden werden, ist es noch besser. Respektvoller Umgang, Souveränität und Sachlichkeit sollten aber auch im Zeitalter digitaler Kommunikation Vorrang haben vor Provokation, Empörung und radikalen Problembeschreibungen.

Wer bürgerschaftliches Engagement stärken will, muss Menschen helfen, Wurzeln zu schlagen. Man setzt sich nur dort ein, wo man dauerhaft zuhause ist. Das Leitbild eines Menschen, der seiner Arbeit hinterher zieht wie ein moderner Nomade, führt zu Entwurzelung. Dass Leistung und Einsatz sich lohnen, Ausbildung Grundlage für einen guten Job und ein selbstbestimmtes Leben ist, muss durch niederschwellige Angebote auch potenziellen Schulabbrechern vermittelt werden. Das Werkstattjahr in NRW ist eine solche Idee, auch schulmüden Praktikern Spaß am Erfolg ihres eigenen Einsatzes zu machen.

Der zuversichtliche Blick mag einer Gesellschaft, die so vieles erreicht hat, schwerer fallen als der Aufbaugeneration. Wer etwas zu verlieren hat, der hat auch Sorgen. Und Prob-

leme und Risiken zu verschweigen, wird einer aufgeklärten Mitte nicht gerecht. Gleichwohl sind gesellschaftliche Eliten wie Wissenschaftler, Literaten, Journalisten und Politiker aufgerufen, auch Spaß an der Beschreibung des Bildes einer besseren Zukunft zu finden und nicht nur Kassandrarufo zu kultivieren. Nichts hindert uns daran, zum Beispiel mit den Mitteln der Digitalisierung trotz aller zu lösenden Probleme so unglaublich viel Gutes zu schaffen. Denen, die daran arbeiten, sollte ebenso viel Raum im gesellschaftlichen Diskurs eingeräumt werden wie den Anhängern der Dystopien.

„Wer etwas zu verlieren hat, der hat auch Sorgen. Und Probleme und Risiken zu verschweigen, wird einer aufgeklärten Mitte nicht gerecht.“

Die Volksparteien haben die Mitte in diesem Land gestärkt, in dem sie – nicht ohne Eigennutz – von den Rändern her zur politischen Mitte hin integriert haben. Ihnen kommt die überaus schwierige Aufgabe zu, in einem völlig veränderten gesellschaftspolitischen und medialen Umfeld ihren Auftrag zu erfüllen, in diesem Sinne an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Sie stehen für programmatische Breite, Beständigkeit und Berechenbarkeit, statt für Partikularinteressen, Radikalität und Klassenkampf. Volksparteien gleichen widerstreitende Meinungen aus und stellen so gesellschaftlichen Konsens her.

Genau dieser Anspruch unterscheidet sie im Wesentlichen von populistischen und von Klientelparteien. Unbequemer und herausfordernder als jetzt war die Aufgabe der Volksparteien nie.

Die Mitte diskutiert immer häufiger sehr grundsätzlich. Auch sie ist inzwischen in Teilen anfällig für populistische Parteien und Strömungen, die nichts anderes als einfache Lösungen und nicht zu Ende gedachte Rezepte im Angebot haben.

Die Herausforderung liegt vor allem in der veränderten Rolle der Medien in Zeiten von Facebook, Twitter und Co. Die professionellen Medien, die in ihrer Funktion als „Gatekeeper“ darüber entscheiden, welche Debatten gesellschaftspolitische Relevanz erreichen, haben an Bedeutung verloren. Der digitale Diskurs funktioniert nach anderen Gesetzmäßigkeiten: Ohne Gatekeeper.

„Die Volksparteien haben die Mitte in diesem Land gestärkt, in dem sie von den Rändern her zur politischen Mitte hin integriert haben.“

Jedes Thema, jede Debatte, jede Empörung sucht sich ihr Forum und findet im Netz ihre Plattform. Schrilles bekommt Clicks und Likes, Wut und Empörung stoßen in sozialen Medien auf fruchtbaren Boden. Debatten, die Politiker oftmals nicht führen wollen, ver-

„Abwägendes, Einordnendes oder bloßes Abwarten ist im digitalen Umfeld schwer zu vermitteln. So funktioniert die Diskussion in der Filterblase nicht.“

selbstständigen sich in der anonymen Welt des Internets. Das schnelle Echo auf einen vermeintlichen Skandal bestimmt die Debatte im Netz. Abwägendes, Einordnendes oder bloßes Abwarten ist im digitalen Umfeld schwer zu vermitteln. So funktioniert die Diskussion in der Filterblase nicht. Aber sie funktioniert. Ob mit oder ohne Beteiligung der Volksparteien.

Die Volksparteien müssen sich dem stellen. Ein Thema zu negieren ist kein Erfolgsrezept mehr. Selbst wenn es aus den Zeitungen verschwunden ist, bleibt es im Digitalen virulent. Debatten können nicht totgeschwiegen oder ausgesessen werden. Findet die Auseinandersetzung in Politik und den analogen oder digitalen Foren der klassischen Medien nicht statt, sucht sie sich ihren Weg in die sozialen Netzwerke. Vermeidbar sind Debatten im digitalen Zeitalter nicht. Wer das versucht, verstärkt die Abwanderungsbewegungen der Menschen aus der Mitte.

Volksparteien müssen ihren Beitrag zur Zivilisierung der oftmals radikalisierten, digitalen Debatte leisten und auch die Vertreter unbequemer Meinungen oder extremer Ansichten zu Wort kommen lassen. Auch jene, die sich

nicht der glatt geschliffenen Codes der Profis bedienen, müssen in den Volksparteien und ihren Foren wieder Gehör und Antworten finden. Aufzugeben, sie für die Mitte zurückzugewinnen, ist nicht im Sinne der Demokratie.

Deutschland hat in den letzten sieben Jahrzehnten in Europa und der Welt wieder an Bedeutung gewonnen, hat eine beispiellose Wohlstandsentwicklung genommen und ist zum Magneten für viele geworden. Eine starke Mitte war gleichsam Voraussetzung und Ergebnis dieser Entwicklung. Deshalb ist eine starke gesellschaftliche Mitte in Deutschland von unschätzbarem Wert; sie ist es wert, immer wieder neu erarbeitet und verteidigt zu werden.

„Wir haben allen Grund zur Zuversicht. Denn Deutschland weiß, wie Mitte geht!“

Mitte entsteht nicht von selbst. Sie ist nur stark, wenn unterschiedliche Bedingungen vorliegen. Es ist Aufgabe von Politik und Wirtschaft, für ein erneutes Erstarken der Mitte zu sorgen. Die letzten Entwicklungen zeigen klar, dass es enormer Kraftanstrengungen bedarf. Aber der Blick auf unsere Geschichte zeigt auch, dass die Bedingungen zu anderen Zeiten auch nicht leicht waren. Deshalb haben wir allen Grund zur Zuversicht. Denn Deutschland weiß, wie Mitte geht!

MASS UND MITTE

von **Prof. Bodo Hombach**

Ich denke an den grandiosen Film „Das Wunder von Mailand“ (Vittorio De Sica, 1951). Die Hauptrolle spielen die Armen der Stadt. Sie hausen auf freiem Feld. Sie leben vor den Mauern. Es ist winterkalt. Die Wolkendecken haben zuweilen Löcher. Dann erreicht ein Lichtkegel der Sonne den Boden. Alle rennen hin, drängen, duschen, kuscheln sich in der Wärme. Jeder sucht die Mitte. Plötzlich schließt sich das Wolkenloch. Fünfzig Meter weiter öffnet sich ein neues. Wieder rennen alle los. Wer eben noch am Rand stand, hat nun die besseren Chancen. Er gehört zu den Ersten und besetzt die neue Mitte. – Diese ist kein statischer Zustand, sondern dynamisches Geschehen.

Professor Wilhelm Salber war 30 Jahre Lehrstuhlinhaber der Kölner Psychologie, Charismatiker und brillanter Rhetoriker. Nach der Quintessenz seiner Forschungen gefragt, antwortete er mit einem Satz: „Daneben ist auch die Mitte.“ Offenbar glaubte er an die Kugelgestalt der Erde. Auf deren Oberfläche ist nun

„Sollte sich allerdings ‚die Mitte‘ selbst ideologisieren, verdient sie den Namen nicht.“

mal jeder Punkt fast gleich weit von der Mitte entfernt. Da sich sowieso jeder Mensch im kurzen Zeitspalt seines Lebens für die Mitte der Welt hält, sind Abweichler immer die anderen.



Prof. Bodo Hombach ist Präsident der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik.

© Völker Lammert

Sind Begriffe wie „Maß“ oder „Mitte“ also nur unscharfe Werkzeuge politischer Landschaftsmalerei? Haben sie, weil inflationär benutzt, an Trennschärfe verloren? Wenn ja, bedarf es des genaueren Hinschauens, um sie wieder brauchbar zu machen.

Wir schauen uns um. Das Leben ist vielschichtig und bunt. Aber permanente Exzentrik und „Knaller“ im Angebot „überfüttern“ die Leute. Sie wünschen sich Berechenbarkeit und Verlässliches. Sie wollen stabilen Untergrund. Nur der ermöglicht ihnen auch Sprünge. Sie suchen ein relativ kollisionsfreies Dasein in einer zerfallenden Welt. Der „Verlust der Mitte“ (Sedlmayr) verursacht Sorge und Angst. – Zu Recht, denn nach den Rändern hin wird es eindimensional öde, ideologisch riskant, schrill, zuletzt fanatisch.

Sollte sich allerdings „die Mitte“ selbst ideologisieren, verdient sie den Namen nicht. Wenn sie ihre Vielfalt bereinigt, wenn sie sich als Ausschlussmethode für alles Neue, Fremde, Unge wohnte geriert, gibt sie ihr Wesen auf.

„In der medialen Kommunikation stehen Ausgleich, Versöhnung, Kompromiss nicht hoch im Kurs.“

Wenn sie glaubt, Harmonie zu finden, indem sie die Plattform der Gemeinsamkeiten immer enger zieht, irrt sie sich gewaltig. So wie ein Parteitag, der glaubt, die „richtige“ Gesinnung per Mehrheitsbeschluss erzwingen zu können. Die politische Mitte zwischen den durchaus noch definierbaren Begriffen rechts und links existiert nur als breites Bündnis der Vernunft.

In der medialen Kommunikation stehen Ausgleich, Versöhnung, Kompromiss nicht hoch im Kurs. Auch in harmlosen Dingen geht es sprunghaft und rasant von Null auf Hundert um Zuspitzung. Es wird schnell der Stindefinger gezeigt und mit spitzer Feder zugestochen. Skandalisierung, Dramatisierung bis hin zur moralischen Vernichtungsansicht der angefeindeten Kontrahenten.

Das Exzessive beherrscht die Schlagzeilen. Auch da, wo es die Sache nicht hergibt. Der klickzahlenabhängige Moderator „moderiert“ nicht. Er mäßigt nicht, sondern hetzt Kontrahenten aufeinander los: In den meisten Sprech-Shows sind dabei Funktionäre mit einbetonierten Positionen und Beißerqualitäten gern gesehen. Es geht weniger um Diskurs und Erkenntnis, mehr um Schall und Rauch.

Besonders in neuen, auch sogenannten „Sozialen Medien“ tummeln sich Mitteilungsbe-

dürftige mit Charakterschwächen, Haltungsschäden und peripherer Professionalität. Sie schließen von künstlich entfachten Stürmen auf Realien der politischen Landschaft. Im Run um Aufmerksamkeit lieben sie Aufreger, Kontroversen und Skandale. Da sie hintereinander herdenken und -schreiben, glauben sie am Ende, was sie erfunden haben.

Haben wir's nicht alle gern laut und grell, auf Kontrast gebürstet, krisengeschüttelt und katastrophenorientiert? Wer dagegenhält, wirkt schnell wie ein Langweiler und Spielverderber.

Mancher Erregungspeak hat durchaus Sinn, wenn sich die Gesellschaft in amorpher Gleichgültigkeit nur um den eigenen Bauchnabel kümmert. Er hat auch Sinn, wenn drängende Probleme großkoalitionär ausgeblendet oder in Hinterzimmern mit illegitimen Interessenvertretern verabredet werden. Er wird in unserer Zeit fragwürdig und kontraproduktiv. Gegenwärtig beherrschen grelle Gegensätze das Feld. Gegenwärtig laufen die Kräfte auf erschreckende Weise auseinander. Sie sind kaum mehr in der Lage, zu kommunizieren, geschweige denn, lebbare Kompromisse zu finden. Wer angesichts der gegenwärtigen Massenschlägerei an allen Fronten heute noch von „der Soße der Harmonie“ oder vom „kon-

„Das Exzessive beherrscht die Schlagzeilen. Auch da, wo es die Sache nicht hergibt.“

formistischen Brei“ schwadroniert, den es aufzumischen gelte, ist Anachronist.

Das Hinterfragen jeder Autorität, das infrage stellen jeder angeblichen Wahrheit, das Hinterfragen von traditionellen Werten hat in einer bestimmten Epoche seinen großen Sinn. Das Pendel ist weit ausgeschlagen. Was gestern richtig war, ist es heute nicht. Heute hat kaum noch eine Autorität Bestand, kaum eine Berufsgruppe wurde nicht skandalisiert. Wahrheiten und Fake News werden mit fideler Resignation gemischt aufgenommen. Meinungen und Fakten werden kaum auseinandergehalten. Debatten werden angeknipst und ausgeknipst. Verbaler Kampfsport, ausgeführt von Gladiatoren, die den öffentlichen Raum füllen, während das Publikum zuschaut. Die Fähigkeit zum Kompromiss und zum Ausgleich ist retardiert. Gegensätze und Zuspitzungen sind alltäglicher Standard.

„Heute hat kaum noch eine Autorität Bestand, kaum eine Berufsgruppe wurde nicht skandalisiert.“

Johannes Rau zog mit seiner Parole „Versöhnen statt spalten“ Spott auf sich. Es solle, empfahl man ihm, zuspitzen statt ausgleichen. Heute erleben wir: Er war nicht gestrig. Er war ein Moderner von Übermorgen.

Verbal drängen alle in die Mitte. „In der Mitte ankommen“ ist Sehnsuchtsziel sogar extremer Gruppen und Parteien. Jede will für

Jedermann wählbar sein. Das aber nicht um den Preis höflicher Umgangsformen oder geduldiger Suche nach Schnittmengen. Wenn fast alle um medialer Aufmerksamkeit Willen auf Zuspitzung und demonstrative Opposition setzen, wird die polittaktisch deklarierte Mitte ein höchst ungemütlicher Ort. Sie hat dann den Charme eines Haifischbeckens.

„Demokratie als geduldige Suche nach Ausgleich der Interessen und Dämpfung der Leidenschaften wird als antiquiert, altgolden, müde gezeichnet.“

Demokratie als geduldige Suche nach Ausgleich der Interessen und Dämpfung der Leidenschaften wird als antiquiert, altgolden, müde gezeichnet. Das macht es „repräsentativen“ Diktatoren leicht. Die machen sich breit. Sie lassen sich wählen von Leuten, denen sie keine Wahl lassen. Sie polarisieren die Gesellschaften auf Teufel komm raus. Sie bretern durch Porzellanläden internationaler Empfindlichkeiten.

In den traditionellen Demokratien verbreitet sich unter den Regierenden immer häufiger klammheimlich Bevölkerungsverdrossenheit. Das ist kein plötzlicher Überfall. Es hat eine Vorgeschichte aus Ignoranz, Ahnungslosigkeit und Entfremdung zwischen Regierenden und Regierten. Eine Vorgeschichte, weil der Eindruck entstand, dass Eliten sich mehr um sich

selbst gekümmert haben als um das Volk, in dessen Namen sie Recht sprechen und regieren.

Das rechte Maß war schon immer seltene Tugend. „Maßhalten!“ forderte Ludwig Erhard von den Bundesbürgern. Zu vielen war der Rausch des Wirtschaftswunders zu Kopfe gestiegen. Er erntete Spott. Die Absahner wollten sich nicht zügeln lassen. Die Verlierer fühlten sich verhöhnt. Aber die großen Parteien saßen fest im Sattel. Man teilte die Welt unter sich auf. „Keine Experimente“ stand am Türschild der Konservativen. Mit Godesberg stellten die Sozialdemokraten den Klassenkampf ins historische Regal. „Wandel durch Annäherung“ ermöglichte auch eine neue Ostpolitik. Im Innern wollte man „mehr Demokratie wagen“. Kanzler Kohl propagierte später eine „geistig-moralische Wende“. Die alte Mitte schien erledigt. Die „Neue Mitte“ brachte Gerhard Schröder ins Kanzleramt und der SPD neue Zustimmung und Regierungsfähigkeit, aber auch heftiges Flügelschlagen. Die Große Koalition als Sonderfall in Zeiten der Not wurde zum Normalfall. „Auf mich hört ja keiner“, hört man aus allen Ecken. Unbehagen wächst. Wenn reale Probleme und massenhafte Wahrnehmungen zu lange ignoriert werden, bilden sich Bewegungen und daraus neue Parteien. Die werden eilig als randständig definiert, tummeln sich aber durchaus auch in der gesellschaftlichen Mitte.

Die konzeptionslose Behandlung der Flüchtlingskrise deutete auf Kontrollverlust. Islamistischer Terror erschüttert das Sicherheitsgefühl, prekäre Arbeitsverhältnisse erzeugen Zukunftsangst. Die Sorge grassiert, von rele-

vanten Medien kein realistisches Bild der Welt, sondern gewünschtes Denken und Verhalten vermittelt zu bekommen. Die Legitimität der repräsentativen Demokratie wird befragt. Wachsende Entfremdung zwischen Schein und realem Sein wird beklagt. Die Parteien der schrumpfenden Mitte verstanden das spät als Alarmzeichen, zu spät als Weckruf. Den Volksparteien kommt viel Volk abhanden. Am rechten Rand bieten sich neue (alte) Gruppen an. Sie sind Jäger und Sammler von Frustrierten.

„Wenn reale Probleme und massenhafte Wahrnehmungen zu lange ignoriert werden, bilden sich Bewegungen und daraus neue Parteien.“

Nicht nur in Deutschland. Viele Probleme haben globale Ursachen. Das erzeugt globale Bewegungen. Aus Nichtwählern werden Protestwähler. Da man sie lange ignoriert hatte, setzen sie ihrerseits auf Abschottung, gegen ein als parasitär empfundenes Establishment, gegen ein als krakenhaft empfundenes Europa, gegen Fremdes, Neues, Ungewohntes. Das Momentum reicht aus, um die bürgerlichen Parteien das Fürchten zu lehren. Es reicht aus, um die Führungsmacht des Westens in die vielleicht tiefste Krise ihrer Verfassungsgeschichte zu stürzen. Vielleicht reicht es aus, die mühsam austarierte Nachkriegsordnung der Welt in den Taumelflug einer neuen Vorkriegsunordnung zu stürzen.

Gibt es ihn noch, den informierten und besorgten Bürger, der auf die Gasse tritt, um sich mit Nachbarn und ähnlich Gesinnten zu verständigen und zu verbünden? Ist er fähig und bereit, den öffentlichen Raum durch vernünftige Beanspruchung zu nutzen? Es bedarf neuen Engagements, den öffentlichen Raum zu vergrößern. Es gibt Kräfte die ihn durch moralische Didaktik, Trillerpfeifen, völkischen Mief und vielleicht wieder Gleichschritt verkleinern wollen. – „Gear down!“ sagte unser Englischlehrer, wenn der Erregungspegel die Alarmmarke erreichte. Runterschalten, durchatmen, einmal um den Block gehen, ausschlafen.

„Viele Probleme haben globale Ursachen. Das erzeugt globale Bewegungen. Aus Nichtwählern werden Protestwähler.“

„Maß und Mitte“. Die beiden Begriffe verdienen eine Ehrenrettung. Mitte ist keine Nadelspitze, sondern breites Feld. Die in ihr möglichen Standpunkte haben Bandbreite und grenzen sich nur zu Extremen ab. Sie suchen Gemeinsamkeit, Ausgleich und nicht Polarisierung. Interessensausgleich ist gefragte und notwendige politische Kunst. Wer nüchtern Standpunkte und Haltungen abwägt, erkennt: Die politischen Mitten der Parteien sind einander viel näher als ihren eigenen Flügeln. Es gibt immer mehr, die wechselnd oder mal gar nicht wählen.

„Mitte ist keine Nadelspitze, sondern breites Feld.“

Es lohnt sich, Verkrustungen parteipolitischer Duellpistolen abzukratzen. Darunter erscheint keine wohlfeile Methode der Auseinandersetzung, sondern eine Haltung mit dem Wert neuer Seltenheit.

Wer sich im Spiegel betrachtet und es ernst mit sich meint, erkennt sich als ein multifokales Wesen. Er hat viele wechselnde Eigenschaften. Er ist – sagen wir – Sozialdemokrat, Katholik, Familienvater, Briefmarkensammler, Abteilungsleiter und was nicht noch alles. Er ist ein Konglomerat, ein Amalgam, ein Wirkungsquantum der Gesellschaft. Das kann niemand eindeutig definieren. Er ist sogar – Albtraum von Umfragern und Statistikern – morgen ein anderer als heute.

Er lässt sich nicht auf einen „Standpunkt“ fixieren. Er weigert sich, auf dem Hochseil politischer Kopfgeburten zu balancieren. Sein Lebensentwurf ist ein „Horizont“, ein begehbarer Raum, wo er auf das Bessere hoffen, das Gefährliche meiden und sich auch einmal folgenlos irren darf.

Er hat seinen Spleen. Er hat seine Leidenschaften, aber er beherrscht auch die Grundrechenarten. Er misstraut jedem, der Wasser predigt, selbst aber Wein trinkt. Er winkt ab, wenn ihm wieder mal jemand die Welt aus einem Punkte erklären will. Er misstraut dem „Sprech“ der Funktionäre, die ihn mit eingeübten Floskeln dummschwätzen wollen. Er weigert sich,

zwischen Schwarz und Weiß zu entscheiden, denn er hat mehrere Lieblingsfarben. Er hält auch Kompromisse nicht für den Zusammenbruch seines Selbstwertgefühls. Er weiß: Jede Medaille hat zwei Seiten. Mindestens. Oft hat sie auch drei und mehr. Er hört sich die heiser erregten Reden der Apokalyptiker an, aber dann denkt er an seine Enkel und fragt: Was gestalten wir jetzt? Er lässt sich nicht – weder höflich noch frech – mit einfachen Lösungen ins Bockshorn jagen. Er zerhaut nicht den Gordischen Knoten, sondern löst ihn geduldig auf (Strick kann man immer brauchen). Er weiß ja: Er muss wieder aufräumen, wenn Fanatiker alles zerschlagen haben. Er muss den Tisch wieder decken, wenn die Demagogen Tabula rasa gemacht haben.

Er macht seinen Job und erzieht seine Kinder zu eigenständigen und starken Persönlichkeiten. Er prüft alles und behält das Gute. Er weiß von der Irrtums- und Schuldfähigkeit des Menschen. Aber Vorsicht! Er ist nicht der Dorfdepp, den man beliebig herumschubsen darf. Er kann sehr zornig werden, wenn eine selbsternannte Mitte das Maß verliert und Lumpereien für alternativlos erklärt. Wütend allerdings wird er nicht. Er wirft sich nicht schreiend und strampelnd auf den Boden, denn er ist erwachsen.

Die einen nennen ihn einfältig, die anderen klug. Auch unter ihnen gibt es kleine Gauner, Lottospieler, Rechtsüberholer und Seitenspringer. Jeder will ihm etwas verkaufen. Man findet ihn überall, an den Schreibtischen, in den Bergwerken, in den Fabriken, am Computer. Wenn wieder mal ein Polizist rufen muss: „Bleiben Sie zurück!“, dann meint er ihn, den

Bewohner der Mitte. Er war oft Prügelknabe, aber er hat auch für die Freiheit und ein besseres Leben gekämpft. Die höheren Schichten meinen, sie müssten ihn gängeln und mit allerlei Talmi und Tinnef ruhigstellen. Aber sie täuschen sich. Er kann große Kraft freisetzen.

Er hat ein feines Gespür für Übertreibungen. „Biedermann“ ist vielleicht träge und zuweilen widerborstig, aber auch widerwillig gegen „Brandstifter“. Extravaganzen, Polemik, heftige Schwankungen, ständige Heute- und Böhmernmann-Shows erregen seine Aufmerksamkeit. Im Grunde mag er nicht, in eine Wahrnehmungsecke gedrängt zu werden. Vielleicht schaut er eine Weile zu, kopfschüttelnd oder amüsiert, wenn es aber zum Schwur kommt, flüchtet er heim unter das breite Dach der Gaus'schen Normalverteilung. So sind die Leute. Wer davon nicht ausgehen will, muss sich frei nach Brecht „ein neues Volk wählen“.

„Das Grundgesetz bietet dem freilaufenden Bürger weiten Orientierungsrahmen, in dem er sich selbstständig und selbstbewusst bewegen kann.“

Das Grundgesetz bietet dem freilaufenden Bürger weiten Orientierungsrahmen, in dem er sich selbstständig und selbstbewusst bewegen kann. Er tendiert in diese oder jene Richtung, aber eines bleibt ihm immer bewusst: Die Formeln des Lebens gehen nicht restlos

auf. Man muss und kann mit Widersprüchen leben. Es wird nichts so heiß gegessen wie gekocht. Kommt Zeit, kommt Rat.

Das klingt altbacken. Es hat etwas von Gesangsverein, Frikadelle, Sammeltasse und Sofakissen. Auf den ersten Blick scheint es auch meilenweit entfernt von den „Realitäten“, die uns umgeben und umtreiben: Finanz- und Schuldenkrise, Datenraub, Pegida-Geschrei, Klimawandel, Terrorgefahr, Flüchtlingskrise, Panamapapers, Eurokrise, Wiederkehr des Kalten Krieges, Wettrüsten. Das große Wort führen doch politische Pyromanen und Exzentriker. Die sind aber die eigentlichen Spießer, die protzenden Silberrücken, die schrillen Angeber und Schaumschläger. Dazu sind sie unfähig, die Probleme der ihnen anvertrauten Völker zu lösen.

Die „Mitte“ als selbstklebendes Etikett kann man vergessen. Die Mitte als Haltung muss Haltung zeigen. Sie darf nicht zulassen, dass Rabauken das Lokal besetzen und das Mobiliar zerschlagen. Ihre wichtigste Tugend ist: Verantwortung.

„Die Mitte als Haltung muss Haltung zeigen.“

Das Bonner „Haus der Geschichte“ zeigte einen Kurzfilm von großer Symbolkraft: Im freien Raum schwebt eine Plattform, auf der mehrere Personen verschiedenen Alters und Geschlechts versuchen, im Gleichgewicht zu bleiben. Sobald sich einer von ihnen bewegt,

neigt sich die Plattform entsprechend und zwingt alle anderen zu einer ausgleichenden Verlagerung ihrer Position. Wenn nicht alle in den Abgrund stürzen wollen, muss jeder die Zwangspartner im Blick behalten und sensibel reagieren.

Das Schlusswort übergebe ich Kurt Tucholsky und seinem „Blick in eine ferne Zukunft“:

„Und wenn alles vorüber ist – wenn sich das alles totgelaufen hat: der Hordenwahnsinn, die Wonne, in Massen aufzutreten, in Massen zu brüllen und in Gruppen Fahnen zu schwenken, wenn diese Zeitkrankheit vergangen ist, welche die niedrigen Eigenschaften des Menschen zu guten umlügt; wenn die Leute zwar nicht klüger, aber müde geworden sind, – dann wird einer kommen, der wird eine geradezu donnernde Entdeckung machen: Er wird den einzelnen Menschen entdecken. Er wird sagen: Es gibt einen Organismus, Mensch geheißen, und auf den kommt es an. Und ob der glücklich ist, das ist die Frage. Dass der frei ist, das ist das Ziel. Gruppen sind etwas Sekundäres – der Staat ist etwas Sekundäres. Es kommt nicht darauf an, dass der Staat lebe – es kommt darauf an, dass der Mensch lebe. Und dann wird sich das auswirken, und Hunderttausend schwarzer, brauner und roter Hemden werden in die Ecke fliegen und auf den Misthaufen. Und die Leute werden wieder Mut zu sich selbst bekommen, ohne Mehrheitsbeschlüsse und ohne Angst vor dem Staat, vor dem sie gekuscht hatten wie geprügelte Hunde. Das wird dann so gehen, bis eines Tages...“



© Volker Lannert



© Volker Lannert



© Martin Magunia

ZUM THEMA

DIE VERGESSENE MITTE

von **Prof. Manfred Güllner**

Die „Mitte“ wird des Öfteren auch von politischen Akteuren als real eigentlich nicht existent eingeschätzt. Diese Auffassung propagierte z.B. Sigmar Gabriel in seiner Bewerbungsrede auf dem SPD-Parteitag 2010, der ihn nach der Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2009 zum neuen Vorsitzenden der Partei wählte. Stattdessen empfahl er seiner Partei, sich vor allem dort zu engagieren, „wo es laut ist und manchmal auch stinkt“. Er und seine mit der gesellschaftlichen Realität oft auf dem Kriegsfuß stehenden Berater ließen dabei aber außer Acht, dass es sehr wohl eine genau zu definierende gesellschaftliche und politische Mitte gibt, ohne die keine Partei, die den Anspruch hat, Volkspartei sein zu wollen, Wahlen gewinnen kann. Und diese „Mitte“ ist weniger an Klamauf und Konflikten interessiert, sondern eher an Konsens und einer rational-pragmatischen Politik.

„Die ‚Mitte‘ wird des Öfteren auch von politischen Akteuren als real eigentlich nicht existent eingeschätzt.“

Zudem hätte auch Gabriel wissen müssen, dass die SPD ohne eine ausreichende Zahl von Wählern aus dieser gesellschaftlichen und politischen Mitte nie eine Wahl in Deutschland hätte gewinnen können bzw. gewinnen kann. Schon der erste, nach 20-jähriger Dominanz der Union in der alten Bundesrepublik statt-



© argum

Prof. Manfred Güllner ist Gründer und Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts forsa sowie Professor für Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der FU Berlin.

gefundene Machtwechsel 1969 wäre nicht möglich gewesen, wenn die SPD nicht neue Wählerschichten in dieser Mitte für sich gewonnen hätte. Bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 1965 wurde die SPD im Wesentlichen nämlich nur von Wählern aus dem traditionell linken Lager gewählt. Doch mithilfe dieses „Genossen-Trends“ – also den Kernwählern der gewerkschaftlich organisierten Industriefacharbeiter – hatte die SPD die damals zur Erringung der Macht in der Republik erforderliche 40-Prozent-Marke nie erreichen, geschweige denn – wie 1969 – überschreiten können. Im traditionell linken Bereich hatte die SPD nämlich ihr Wählerpotential bei den bis dahin stattgefundenen Bundestagswahlen voll ausgeschöpft. So kam die SPD bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Mitte der 1960er Jahre auf 66 Prozent. Erst nach den mit dem Godesberger Programm von 1959 eingeleiteten Reformen der Partei und der damit einhergehenden ideologischen Entrümpelung und erst nachdem es der SPD durch ihre Regierungsarbeit während der ersten Großen Koalition der Republik von

„Und diese ‚Mitte‘ ist weniger an Klamauk und Konflikten interessiert, sondern eher an Konsens und einer rational-pragmatischen Politik.“

1966 bis 1969 gelungen war, noch immer weit verbreitete Vorbehalte gegen die Regierungsfähigkeit der SPD abzubauen, konnte die SPD 1969 zum ersten Mal nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus den Sprung über die 40-Prozent-Marke schaffen. Mit 42,7 Prozent der gültigen Stimmen konnte sie 1969 den Abstand zur Union auf 3,4 Prozentpunkte verringern, nachdem die Union 1957 noch 18,4 Prozentpunkte vor der SPD lag.

Der Machtwechsel von 1969 war also nur möglich geworden, weil die nach der Verabschiedung des Godesberger Programms eingeleiteten Reformen durch die Arbeit der SPD-Minister in der Großen Koalition – allen voran der damalige Wirtschaftsminister Karl Schiller – für viele der bis dahin der SPD eher fernstehenden Angehörigen der Mittelschichten sichtbar und erfahrbar wurde. Ein „Bürger-Trend“, also die Wählerzuwanderung aus den bürgerlichen Mittelschichten, kam so in Gang. Diese damals als „Schiller-Wähler“ charakterisierten Zuwanderer zur SPD (erst 1972 gab es die „Willy-Wahl“ – also eine Zustimmung breiter Wählerschichten für Willy Brandt) waren frühere Wähler der Union aus der politischen und gesellschaftlichen Mitte. Während die SPD- und CDU/CSU-Anteile

im traditionell linken Bereich 1965 und 1969 – wie Untersuchungen des damals der SPD nahestehenden infas-Instituts zeigten – mit jeweils 60 bzw. 25 Prozent unverändert blieben, konnte die SPD ihren Stimmenanteil in den beiden mittleren Wählerbereichen um 7 bzw. 11 Prozentpunkte steigern, während der Anteil der Union bis zu 12 Prozentpunkte zurückging.

„Ein ‚Bürger-Trend‘, also die Wählerzuwanderung aus den bürgerlichen Mittelschichten, kam so in Gang.“

Wie stark dieser „Schiller-Sog“ 1969 in den Regionen mit einem hohen Anteil der bürgerlichen Mittelschichten war, zeigt auch ein Vergleich der SPD-Zuwanderungsraten im gesamten damaligen Bundesgebiet mit denen in einer Stadt wie Köln bzw. mit denen in der Kölner Südstadt, in der die CDU bis dahin traditionell die stärkste Partei war. Während die SPD im gesamten Bundesgebiet zwischen 1965 und 1969 3,4 Prozentpunkte gewann und die Union 1,5 Prozentpunkte verlor, konnte die SPD in der Stadt Köln insgesamt 9,2 und in der Südstadt sogar 13,0 Prozentpunkte hinzugewinnen, während die CDU in Köln und der Kölner Südstadt mehr als 9 Prozentpunkte einbüßte.

Die 1969 nach 20-jähriger Herrschaft der Union gewonnene Macht konnte die SPD behaupten, solange sie am in Godesberg eingeleiteten Mitte-Kurs festhielt. Mit Repräsentanten wie zunächst Willy Brandt und dann Helmut Schmidt

war die SPD für die 1969 neu gewonnen Wähler weiterhin wählbar. Doch nach dem durch weite Teile der SPD mehr oder weniger offen mitgetriebenen Sturz von Helmut Schmidt 1982 verlor die SPD diese 1969 gewonnenen „Schiller-Wähler“, die danach durch Willy Brandt und Helmut Schmidt an die SPD gebunden blieben, wieder.

Die zur SPD gekommenen Wähler aus der Mitte der Gesellschaft wandten sich wieder von den Sozialdemokraten ab, weil in der SPD diejenigen zunehmend die Oberhand gewannen, die die SPD wieder reideologisieren und radikalisieren wollten. Nach dramatischen Verlusten zunächst bei Kommunal- und Landtagswahlen verlor die SPD auch auf Bundesebene in einem Jahrzehnt über ein Viertel (26,3 %) ihrer Wähler: 1980 wurde sie mit Helmut Schmidt noch von 37,6 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt, 1990 jedoch gaben ihr – bezogen auf das Gebiet der alten Bundesrepublik – nur noch 27,7 Prozent aller Wahlberechtigten die Stimme.

Bemerkenswert ist, dass die Union vom Wählerschwund der SPD nach dem Sturz von Helmut Schmidt nicht profitierte, sondern in nur sieben Jahren zwischen der ersten Kohl-Wahl 1983 und der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 – wiederum nur bezogen auf das Gebiet der alten Bundesrepublik – ebenfalls ein Fünftel (20 %) ihrer Wählersubstanz einbüßte: 1983 wurde die Union von 43,1 Prozent, 1990 trotz der Verdienste von Helmut Kohl um die deutsche Einheit nur noch von 34,5 Prozent der Wahlberechtigten gewählt.

Beide Parteien, die im Zuge der fortschreitenden Demokratisierung im Nachkriegsdeutsch-

land zunächst immer größere Bindekraft entfalteten und bis Anfang der 1980er Jahre von über drei Viertel aller Wahlberechtigten (und nicht nur der Wähler) gewählt wurden, verloren im Laufe der 1980er und 1990er Jahre zunehmend das Vertrauen der Mitte-Wähler. Lediglich mit dem Kanzlerkandidaten Schröder gelang es der SPD 1998 noch einmal für kurze Zeit, Wähler vom Typus der „Schiller-“ und „Schmidt-Wähler“ wieder für die SPD zurückzugewinnen. So wurde die SPD 1998 von

„Beide Parteien verloren im Laufe der 1980er und 1990er Jahre zunehmend das Vertrauen der Mitte-Wähler.“

20,2 Millionen Wählern (33,2 Prozent aller Wahlberechtigten) gewählt. Doch ohne Schröder verlor die SPD 2009 in nur einem Jahrzehnt über die Hälfte (10,2 Millionen) ihrer Wähler. Und 2017 büßte die SPD weiteres Vertrauen ein und wurde nur noch von 9,5 Millionen Wählern gewählt (15,5 Prozent aller Wahlberechtigten).

Der Verlust an Bindekraft der Union, vor allem aber der SPD ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die zur Erringung von Mehrheiten wichtigen Wähler aus der Mitte der Gesellschaft sich immer weniger von den Führungskadern der Parteien vertreten fühlten.

Für die SPD liegen die Ursachen für den Wählerschwund nach dem Sturz von Helmut Schmidt und der mangelnden Unterstützung von

Gerhard Schröder durch die Führungs- und Funktionärskader der Partei auf der Hand. Mit ihrer Re-Ideologisierung und Radikalisierung in den 1980er Jahren und der Abkehr von der von der großen Mehrheit gerade der Schichten in der Mitte der Gesellschaft für richtig befundenen Erneuerungs- und Modernisierungspoli-

„Die 1969 nach 20-jähriger Herrschaft der Union gewonnene Macht konnte die SPD behaupten, solange sie am in Godesberg eingeleiteten Mitte-Kurs festhielt.“

tik Schröders wandten sich die Mitte-Wähler in Scharen wieder von der SPD ab. Und die Union verprellte durch den bräsigen, eher auf Konfrontation statt Konsens setzenden Politikstil von Helmut Kohl und die permanente Kritik des konservativen Flügels in der Union insgesamt und vor allem in der bayerischen CSU am Mitte-Kurs von Angela Merkel ebenfalls die zur Erringung von Mehrheiten notwendigen Mitte-Wähler.

Dass nicht Merksels Mitte-Kurs, sondern die permanent und lautstark artikuliert Kritik des konservativen Flügels in der Union zum Verlust der Bindekraft bei der Union führte, zeigt die große Diskrepanz zwischen der politischen Verortung der CDU-Mitglieder, der CDU-Stammwähler und derjenigen, die sich von der CDU abgewandt haben. Während sich

die CDU-Mitglieder auf der Links/Rechts-Skala (von 1 = „links“ bis 10 = „rechts“) mit einem Wert von 5,8 deutlich rechts vom Durchschnitt aller Wahlberechtigten verorten (4,7), verorten sich die Stammwähler eher in Richtung Mitte (5,3). Vor allem aber verorten sich diejenigen, die sich von der CDU abgewandt haben, mit einem Wert von 5,0 links von den CDU-Stammwählern und nicht – wie von den Kritikern Merksels am rechten Rand der Partei unterstellt – rechts von den Stammwählern. Lediglich die relativ wenigen CDU-Wähler, die zur AfD gewandert sind (beachtet werden muss, dass die AfD hauptsächlich das früher schon vorhandene rechtsradikale Potential gebündelt hat und systemkritische und antidemokratische Dauer-Nichtwähler zur Stimmabgabe für die AfD motiviert hat), verorten sich mit einem Wert von 6,4 deutlich rechter als die CDU-Mitglieder. So rechts könnte die Union auch gar nicht werden, um die AfD-Wähler zur Stimmabgabe für CDU oder CSU zu bewegen.

„Das Vertrauensvakuum ist nicht am rechten oder linken Rand entstanden, sondern in der Mitte der Gesellschaft. Diese politische und gesellschaftliche Mitte fühlt sich zunehmend vergessen.“

Bei der SPD verhält es sich ähnlich: Während sich die Mitglieder der SPD mit 3,6 deutlich links vom Durchschnitt aller Wahlberechtigten

DIE VERGESSENE MITTE

verorten, verorten sich die SPD-Abwanderer mit 4,3 eher in Richtung Mitte.

Während die Diskrepanz von Mitgliedern der CDU und SPD mit Werten von 5,8 und 3,6 recht groß ist, ist die Distanz im politischen Profil der SPD- und CDU-Abwanderer mit 4,3 bzw. 5,0 deutlich geringer. Das Vertrauensvakuum ist also, anders als von den Funktionärskadern von Union und SPD unterstellt, nicht am rech-

ten oder linken Rand entstanden, sondern in der Mitte der Gesellschaft. Diese politische und gesellschaftliche Mitte fühlt sich zunehmend vergessen, zumal sie den Eindruck gewonnen hat, dass sich sowohl die Union als auch die SPD zunehmend an sich lautstark artikulierenden Minoritäten orientieren, aber die Interessen der großen Mehrheit der Mitte der Gesellschaft außer Acht lassen.

Politische Selbsteinschätzung *) der Mitglieder, Stammwähler und Abwanderer der CDU und SPD

ZUM THEMA

Wahlberechtigte insgesamt

CDU-Mitglieder

CDU-Stammwähler

CDU-Abwanderer insgesamt

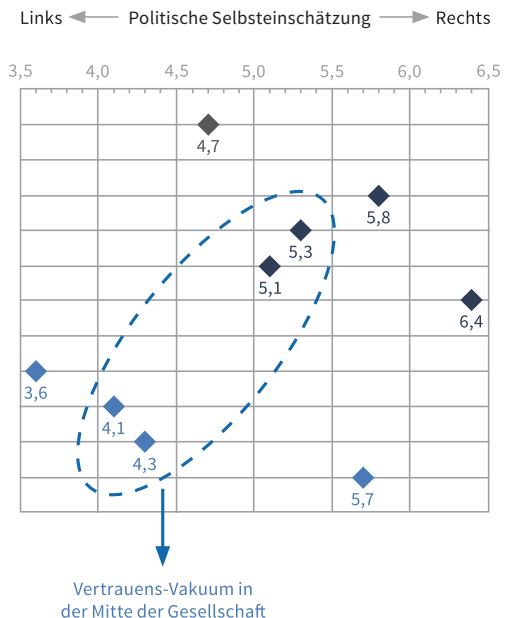
CDU-Abwanderer zur AfD

SPD-Mitglieder

SPD-Stammwähler

SPD-Abwanderer insgesamt

SPD-Abwanderer zur AfD



*) ermittelt anhand einer Skala von 1 (=„links“) bis 10 (=„rechts“); dargestellt ist jeweils der Mittelwert



KAMPF FÜR DIE MITTE

von **Ulrich Reitz**

Von Flüchtlingen über Diesel-Gate bis „Volk“: Es gibt einen politischen und wirtschaftlichen Angriff auf die Mitte. Findet die Politik die Kraft, sich auf Sicherheit, Ordnung und Solidität als Werte zurück zu besinnen?

Was Dirk Kurbjuweit auf Seite sechs der „Spiegel“-Ausgabe Nr. 14 vom 31. März dieses Jahres unter der Überschrift „Innere Realpolitik“ aufschrieb, ließ sich mühelos als Kurskorrektur des eigenen Magazins lesen. Wenn sich eine große Zahl der Bürger von der liberalen Demokratie abwende, sei diese verloren, kommentierte der stellvertretende Chefredakteur. „Das Thema Islam hat leider langfristig dieses Potential.“ Über die Ängste in der Bevölkerung vor dem Islamismus, die Skepsis gegenüber dem Islam generell, dürfe nicht hinweg geschwiegen werden, das wäre „der schlimmste Fehler“. Der „Islam gehört nicht zu Deutschland“, sagte der Bundesinnenminister Horst Seehofer, zuvor langjähriger Vorsitzender der bayerischen christsozialen Partei. Dafür erntete er in den meisten Medien einen Shitstorm, ausweislich von Meinungsumfragen gab ihm eine große Mehrheit der Wähler recht. Das ist in jüngster Zeit öfters vorgekommen: Das Auseinanderdriften von medialer und Volksmeinung. Und der „Spiegel“? Kurbjuweit: „Es ist zudem richtig, dass sich die CSU dieses Themas annimmt.“ Ausgerechnet der „Spiegel“ als Verteidiger eines von linken Medien gerne als populistischen Rechtskonservativen gebrandmarkten bayerischen Spitzenpolitikers? Der „Spiegel“ als Speerspitze für Islam-Kritik? Wie kommt das? Es ist wohl die Furcht um die



© Dominik Butzmann

Ulrich Reitz arbeitet als Journalist und war Chefredakteur der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung und des Magazins Focus.

Loyalität der eigenen Leser. Kurbjuweit: „Als wir unsere Leser kürzlich gefragt haben, was sie vom SPIEGEL denken, war das eine der größeren Sorgen: Journalisten könnten blind sein für negative Folgen der Flüchtlingspolitik. Unsere Leser wollen das ganze Bild haben, und sie werden es bekommen.“

„Was wahr ist und was falsch ist, ist nicht mehr so eindeutig wie dazumal.“

Ein Requiem auf die politische Mitte anzustimmen, fällt nicht schwer. Denn es gibt tatsächlich eine akute Gefährdungslage, an der meine Profession, der Journalismus, leider seinen Anteil hat. Oder, mit der Dresdner Buchhändlerin Susanne Dagen vom BuchHaus Loschwitz, die nicht nur das gängige Repertoire im Angebot hat, sondern ausdrücklich auch rechte Bücher, wie jene aus dem Antaios-Verlag: In der Bevölkerung, so die couragierte Frau, gebe es die Ver-

unsicherung, dass es eine „gewollte Meinung“ gebe, von der man nur unter öffentlicher Strafe abweichen dürfe. In Deutschland ist der Gesinnungskorridor enger geworden, was zuletzt auch der deutsche Erfolgsautor Uwe Tellkamp beklagte.

Das ist das Eine. Das Andere: Die alte mediale Ordnung ist antik geworden. Die Dualität von Sender und Empfänger, für Journalisten in den letzten 400 Jahren eine durchweg bequeme, monopole Angelegenheit, hat sich mit dem Internet erledigt. Heute kann ein jeder Journalist sein, selbst ein US-Präsident. Die Folgen reichen weit: Was wahr ist und was falsch, ist nicht mehr so eindeutig wie dazumal. Und in der Auseinandersetzung über die richtige „Haltung“ zu den Dingen ist die Emotion einbezogen. Der Stammtisch ist global geworden und mit ihm wurden es die vielfältigen Mechanismen der Wut-Abfuhr, die über Jahrhunderte dörflich beschränkt geblieben waren. Damit einher ging eine andere Entgrenzung, die noch vor zehn Jahren unvorstellbar schien: das ausgesprochen Rechte, Völkische, Identitäre wurde öffentlichkeitsfähig, besonders im Osten, dem die westliche Multikulturalität bis heute fremd geblieben ist. Mit diesem medialen Phänomen wurde die „Mitte“ fadenscheinig.

Dazu beigetragen haben die politische Europäisierung und die wirtschaftliche Globalisierung. Institutionen, die Leitplanken der bürgerlichen Existenz, verloren und verlieren ihre Einheitskraft.

Das Vertrauen in den Rechtsstaat leidet seit der Masseneinwanderung, die im Sommer 2015 ihren Anfang nahm. Ganze internationa-

le Vertragswerke, wie das Dublin-Abkommen, wurden quasi über Nacht außer Kraft gesetzt. Über die Flüchtlingsfrage geriet beinahe in Vergessenheit, dass sich diese Rechtsschuldigkeit schon nach der Einführung des Euro ausgebreitet hatte. Die so gescholtene wie gefürchtete AfD verdankt ihre Existenz schließlich nicht den „Flüchtlings“, sondern den von Bundesregierungen gebrochenen Versprechen bezüglich der Gemeinschaftswährung.

„Die alte mediale Ordnung ist antik geworden.“

Die Nation erweist sich mit jedem Tag, an dem die Gesetze faktisch aus Brüssel kommen und Wirtschaftskonzerne multinational gesteuert werden und auch so agieren, als Illusion. Die alte „Deutschland AG“ ist hinfällig geworden, und das nicht erst seit der Investitionsoffensive der Chinesen. Dax-Manager erwecken statt Vertrauen bei ihren Stakeholdern, zu denen nicht nur Aktienbesitzer und Anteilseigner, sondern auch die gesamte Bevölkerung gehört, mehr und mehr den Eindruck, eine eigene Kaste zu sein, für die ganz besondere Gesetze gelten, jedenfalls solche, in deren Genuss die breite Masse nicht kommt. Die vom VW-Konzern ausgelöste Diesel-Krise lässt sich auch werten als die Außerkraftsetzung des Zusammenhangs von Risiko und Verantwortung: Ausgerechnet ein Konzern, an dem der Staat beteiligt ist, ihn über den Aufsichtsrat mit regiert und der das „Volk“ im Namen trägt, hintergeht mit Staatshilfe seine deutschen Kunden, an denen dann die Kosten des Management-Versagens hängen

bleiben. Wäre das Kommunistische Manifest nicht schon Mitte des 19. Jahrhunderts geschrieben worden, dann wäre jetzt der richtige Zeitpunkt dafür. Wer jedenfalls nach Gründen sucht, weshalb sich die „Mitte“ von der ökonomischen Elite mehr und mehr entfremdet, wird bei VW und seinen Managern fündig. Dies gilt besonders für den inzwischen geschass-

„Wäre das Kommunistische Manifest nicht schon Mitte des 19. Jahrhunderts geschrieben worden, dann wäre jetzt der richtige Zeitpunkt dafür.“

ten Vorstands-Chef Matthias Müller. In einem „Spiegel“-Interview hatte der sein Gehalt von gut zehn (!) Millionen Euro offensiv verteidigt und jede Diskussion über die Begrenzung von Managergehältern rigoros vom Tisch gewischt: „Wo soll das enden? Wir hatten so was einmal in Form der DDR.“ Jegliche Alternative zu einem exorbitanten Millionen-Salär für diktatorisch zu halten – darauf muss man auch erst einmal kommen. Die Moral der Mitte – Bill Clinton definierte sie als „hard work, good money“ – macht da jedenfalls nicht mehr mit. Wenn ein Mindestlohn mit einer liberalen Demokratie vereinbar ist, weshalb sollte es ein Höchstlohn nicht sein? Dessen befriedende Wirkung aufs aufgebrachte Volk wäre sicher die Tränen von einigen Vorständen wert. Die Entfremdung von Wirtschaftselite und Volk hat noch einen anderen Namen: Deutsche Bank.

Sie brachte es fertig, in einem Jahr die Boni ihres Spitzenpersonals zu erhöhen, in dem Firmenwert vernichtet wurde. Ethisch war das bodenlos, es stellte auch den Managern ein verheerendes Zeugnis aus: Sie erscheinen als Typen, die alles nur für Geld machen und so gleich zum Konkurrenten weiter ziehen, wenn der ihnen nur mehr bezahlt. Mit den auch von der Kanzlerin beschworenen Tugenden einer schwäbischen Hausfrau ist nichts davon zu begründen. Und auch das Management von Bayer muss aufpassen, dass es den deutschen Vorzeige-Chemiekonzern über die Fusion mit einem der unbeliebtesten Unternehmen der Welt nicht am Ende sogar schadet. Shareholder-Interessen sind nicht alles.

„Die Mitte lebt von ihrem Vertrauen in den Staat als Garant von Recht und Ordnung.“

Die Mitte lebt von ihrem Vertrauen in den Staat als Garant von Recht und Ordnung. Wenn man nach Gründen sucht, weshalb dieses Vertrauen massiv geschwunden ist, kommt man am sogenannten „Marsch durch die Institutionen“ von Repräsentanten und Sympathisanten der linken 68er-Bewegung, die in diesem Jahr ganz stolz ihren 50sten Geburtstag feiert, kaum vorbei. In den prägnanten Worten eines der letzten konservativen CDU-Politikern, des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn: „Die Aufgabe des Staates ist es, für Recht und Ordnung zu sorgen. Diese Handlungsfähigkeit

war in den letzten Jahren oft nicht mehr ausreichend gegeben“, sagte er in einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung. Und weiter: „Die deutsche Verwaltung funktioniert sehr effizient, wenn es darum geht, Steuerbescheide zuzustellen. Bei Drogendealern, die von der Polizei zum zwanzigsten Mal erwischt werden, scheinen die Behörden aber oft ohnmächtig.“ Zynisch gefragt: War das nicht auch das Programm von „68“ - sich den straffreien Konsum von Drogen durch die Steuerzahler finanzieren zu lassen?

Was sind die Gründe für die Verengung des Diskursrahmens in der Flüchtlingsdebatte? Zuerst ist es die politische Konstellation: Als Bundeskanzlerin Angela Merkel die Grenzen für Einwandernde (politisch verfolgt war die Minderheit) nicht schloss, regierte eine Große Koalition Deutschland. Die SPD zog bei der „Willkommenskultur“ begeistert mit, zu den wenigen, die sich skeptisch äußerten, gehörte damals die heutige SPD-Vorsitzende Andrea Nahles, als sie feststellte, eine schnelle Integration in den deutschen Arbeitsmarkt würden bestenfalls zehn Prozent der Kommenden erreichen. Der Opposition aus Grünen und Linken ging die Laissez-faire-Politik der Bundesregierung noch nicht einmal weit genug. Als Sahra Wagenknecht von den Linken auf den Zusammenhang zwischen der Zuwanderung und Verteilungskämpfen am unteren Ende der deutschen Bevölkerungsskala hinwies, wurde sie vom eigenen Partei-Establishment sogleich zurückgepfiffen. Die Liberalen waren im Bundestag nicht vertreten und ließen im Übrigen die Chance verstreichen, sich als Skeptiker dieser unkontrollierten Einwanderung zu profilieren. Damit war der Boden bereitet für den

darum gar nicht so überraschenden Erfolg der AfD: Sie erschien in den Monaten vor der vergangenen Bundestagswahl praktisch als die einzig glaubwürdige Anti-Flüchtlings-Partei. Die CSU versuchte, ihr diese Rolle streitig zu machen, litt aber daran, als Regierungspartei nun einmal Teil der verordneten „Willkommenskultur“ zu sein. Immerhin führte die fortgesetzte Widerständigkeit des CSU-Vorsit-

„Die AfD erschien in den Monaten vor der vergangenen Bundestagswahl praktisch als einzig glaubwürdige Anti-Flüchtlings-Partei.“

zenden Horst Seehofer gegen die CDU-Chefin Angela Merkel im Ergebnis zu einer Reihe von Gesetzesverschärfungen in der inneren Sicherheit. An dem Umstand, dass unrechtmäßig Eingewanderte kaum wieder abzuschieben sind, jedenfalls nichts gegen deren Willen, wird das allerdings kaum etwas ändern. Das wiederum liegt daran, dass alle etablierten Parteien das Asylrecht im Kern für unantastbar erklären und sich damit selbst die entscheidenden Fesseln anlegen. Ganz abgesehen davon, dass das (liberale) Asylrecht längst von der Beamtenschaft in der Brüsseler Kommission gemeinsam mit den Richtern am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gemacht wird, worauf kurz vor seinem Tod noch der renommierte Politikwissenschaftler Hans-Peter Schwarz in seinem Buch „Die neue Völkerwanderung nach Europa“ hingewiesen hatte: „Kein funktionsfähiger

Staat in Amerika, Asien, im pazifischen Raum oder in Afrika legt bei den institutionellen Vorschriften zur Sicherung seiner Grenzen ein solches Übermaß an Leichtsinn an den Tag wie die Europäische Union.“

Die Islam-Debatte schließlich hat das Zeug dazu, die wachsende Spaltung zwischen der etablierten Politik und der „Mitte“ voran zu treiben. Bislang ist nicht erkennbar, dass die Große Koalition die naheliegenden Schlussfolgerungen aus einer Radikalisierung des Islam und den sich ausbreitenden islamischen Parallelgesellschaften zu ziehen bereit ist. Wäre es so, müsste die Regierung dafür sorgen, dass nur noch Imame, die in Deutschland ausgebildet wurden, ihren Glauben predigen dürfen. Dass es eigene deutsche islamische Religionslehrer und Seelsorger gibt. Und sie müsste ihre Drähte zu den selbst ernannten moslemischen Organisationen wie der türkischen Ditib, einer ideo-

des vergangenen Jahrhunderts die Notwendigkeit für einen „Euro-Islam“ erkannte: Einen Glauben, der so zweifelsfrei wie das Christentum mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar ist. Tibi beklagt eine „Selbstzensur“ durch eine „links-grüne Minderheit in den Medien“. Zu der Diskussion, ob der Islam zu Deutschland gehöre, bemerkte Tibi abgeklärt: „Den Islam gibt es nicht. Es gibt 57 Länder mit vorwiegend islamischer Bevölkerung, zwei Milliarden Muslime und vierzehn Jahrhunderte islamische Geschichte. Gehört das alles zu Deutschland? Man kann das schlecht behaupten.“ Sowohl Seehofer, der den Islam nicht als Bestandteil Deutschlands ansieht, als auch Merkel, für die der Islam zur Bundesrepublik gehört, redeten am Gegenstand vorbei. „Deutschland braucht eine kritische Islam-Debatte, aber die wird von der Politik unterdrückt. Die mächtigen muslimischen Verbände bestimmen, wo es langgeht.“

„Angesichts des politischen und wirtschaftlichen Angriffs auf die Mitte erweist diese sich immer noch erstaunlich stabil.“

logischen Vorfeld-Organisation des islamistischen türkischen Präsidenten Recep Erdogan, rigoros kappen. Stattdessen aber kapituliert sie, aus falsch verstandener Religionsfreiheit, vor dem Islam. Jedenfalls wirft ihr dies der bekannte Politikwissenschaftler Bassam Tibi vor, der als erster schon in den achtziger Jahren

Fazit: Angesichts des politischen und wirtschaftlichen Angriffs auf die Mitte erweist diese sich immer noch erstaunlich stabil. Von amerikanischen Verhältnissen ist Deutschland ebenso weit entfernt wie von, sagen wir einmal, polnischen. Noch ist die Parteienlandschaft in Deutschland weitaus stabiler als anderswo. Aber diese Stabilität ist nicht auf ewig garantiert. Sie lebt vom Vertrauen einer Mehrheit der Bevölkerung in den Staat und dessen Institutionen. Das Gute daran: Die Dinge lassen sich steuern. Falls man das denn will.



© Volker Lammert



© Martin Magunia



© Volker Lammert

JAMAICA – DIE NEUE MITTE

von **Alfred Merta**

Vier Wochen lang wehte im Herbst 2017 ein politischer „Wind of Change“ durch Deutschland. Nach der Absage der SPD, in eine neue Bundesregierung einzutreten, verhandelten Union, FDP und Grüne über die Bildung einer sogenannten Jamaica-Koalition. Das Wählerpublikum wusste zwar nicht so genau, was dabei im Einzelnen herauskommen würde. Aber vielleicht war gerade deshalb die Stimmung beschwingt, die Hoffnung groß.

Jamaika, ja, das wär's gewesen. Etwas Neues, vielleicht anfangs im Regierungsalltag nicht ganz perfekt, aber mit der Chance auf neue Wege und Lösungen. Stattdessen haben wir nun doch erneut eine Koalition aus Union und SPD, die sich auf knapp 55 Prozent der Wählerstimmen stützt, also alles andere als „groß“ ist. Sie mag noch drei Jahre lang eine „stabile Regierung“ stellen, aber sie ist abgestanden und ohne Zukunft.

„Vier Wochen lang wehte im Herbst 2017 ein politischer ‚Wind of Change‘ durch Deutschland.“

CDU/CSU und SPD waren in wechselnden Konstellationen jahrzehntelang in der Lage, die politische Mitte zu binden und zu repräsentieren. Diese Bindungswirkung haben sie verloren, das Land ist nach Analyse von Bundes-



Alfred Merta war als Journalist u.a. für den Axel-Springer-Verlag tätig und arbeitet heute als freier Publizist im Raum Köln.

kanzlerin Merkel „gespalten“. Es braucht eine neue Mitte. Deshalb wird Jamaica trotz des enttäuschenden Scheiterns eine zweite Chance bekommen. Dafür gibt es rechnerische und politische Gründe.

Rein rechnerisch dürfte sich nach der Bundestagswahl 2021 eine ähnliche Kräfteverteilung ergeben wie 2017. AfD und Linke – zwei Parteien, mit denen kein Staat zu machen ist – werden aller Wahrscheinlichkeit nach wieder ins Parlament einziehen. 20 Prozent oder mehr der Wählerstimmen fallen für die Regierungsbildung also schon mal weg. Falls nicht gerade eine Staatskrise herrscht, wird eine „Große“ Koalition nicht mehr akzeptiert werden. Dass eine der „großen“ Parteien zusammen mit einer „kleinen“ auf 50 Prozent kommt, ist schwer vorstellbar. Bleibt am Ende nur eine Dreierkoalition inklusive FDP und Grünen möglich.

Dass es zwischen Grünen und der FDP viele inhaltliche Unterschiede gibt, darf nicht der Grund für ein erneutes Scheitern sein. Im Gegenteil: Mitte in der Politik bedeutet schließlich nicht

Meinungsuniformität. Sondern Mitte bedeutet, die eigenen Positionen so zu begründen und zu

„Es braucht eine neue Mitte. Deshalb wird Jamaika trotz des enttäuschenden Scheiterns eine zweite Chance bekommen.“

vertreten, dass sie auch vom Andersdenkenden respektiert werden und zum Teil in gemeinsame Ziele und Perspektiven integriert werden können. Das Projekt der Mitte muss das Land weiterbringen, die Mehrheit der vernünftigen und nach vorn denkenden Bürger muss damit einverstanden sein können. Mitte, das ist nicht kleinster gemeinsamer Nenner und Langeweile. Mitte, das ist Zukunft.

„Mitte, das ist nicht kleinster gemeinsamer Nenner und Langeweile. Mitte, das ist Zukunft.“

Wirtschaftsaufschwung, Aufbau des Sozialsystems, die Bestimmung der Rolle Deutschlands in der Welt – das waren jahrzehntelang Themen der politischen Mitte. Was hier erreicht wurde, ist weitestgehend akzeptiert, kaum jemand will das Rad zurückdrehen. Regierungsinitiativen wie Mindestlohn oder Mütterrente, für die sich

Union und SPD in der vergangenen Legislaturperiode bejubelten, sind Aktualisierung des Bestehenden. Etwas Zukunftsweisendes sind sie nicht.

Es sind neue Themen dazugekommen, die von den alten „Volksparteien“ nicht mehr überzeugend abgedeckt werden: Die Veränderung der Arbeitswelt durch Globalisierung, Digitalisierung, Individualisierung. Der Umgang mit der Flut allgemeiner und persönlicher Daten und ihrem Missbrauch. Die Notwendigkeit, den eigenen demokratischen Lebensentwurf in einer Zeit permanenter Terrorgefahr und politischer Radikalisierung durchzusetzen und zu verteidigen.

Ein Indiz dafür, dass Grüne und FDP Zukunftsthemen schon heute besser besetzen als Union und SPD, sind die Stimmenanteile der jungen Wähler bei der Bundestagswahl 2017. Grüne und FDP kommen in der Altersgruppe der 18- bis 24-jährigen gemeinsam auf 25 Prozent, sind damit stärker als Union (24 Prozent) und SPD (19 Prozent). In der Gesamtheit der Wähler liegen Grüne und FDP da-

„Wirtschaftsaufschwung, Aufbau des Sozialsystems, die Bestimmung der Rolle Deutschlands in der Welt – das waren jahrzehntelang Themen der politischen Mitte.“

gegen gemeinsam unter 20 Prozent und sind damit schwächer als Union (33 Prozent) und sogar SPD (20,5 Prozent).

Auch Union und SPD werden bis zur nächsten Bundestagswahl versuchen, sich thematisch zu modernisieren und zu verjüngen. Ob es ihnen gelingt, ist nicht gewiss. Die SPD liegt zunächst einmal thematisch und organisatorisch am Boden. Zwar agierte und agiert sie weiterhin in der Bundesregierung rational und in einem guten Sinne „staatstragend“. Doch hat sie im vergangenen Wahlkampf die politische Mitte verlassen, indem sie das Land als grundsätzlich ungerecht miesmachte. Und vor der Koalitionsbildung entzweite sich die Partei über die Frage, ob sie überhaupt noch regieren wolle.

„Auch Union und SPD werden bis zur nächsten Bundestagswahl versuchen, sich thematisch zu modernisieren und zu verjüngen. Ob es ihnen gelingt, ist nicht gewiss.“

In der Union geht die Ära Merkel zu Ende, Personalauseinandersetzungen und inhaltliche Positionskämpfe sind unausweichlich. Noch ist nicht vorauszusagen, ob das zu einer neuen programmatischen Profilierung und breiteren Aufstellung oder zu einer Preisgabe der Mitte führen wird, die Merkel so clever besetzt hat-

te. In diesem Fall könnte die Union in der Mitte der Wählerschaft mehr verlieren als sie rechts dazugewinnt.

FDP und Grüne haben die Nase schon im Wind und wissen, warum es für sie bei der nächsten Wahl gehen wird und wo sie zusätzliche Stimmen holen können. „Wir wollen als die Kraft der linken Mitte zulegen“, so Grünen-Geschäftsführer Michael Kellner. Und der FDP-Vorsitzende Christian Lindner positionierte sich nach der Bildung der neuen „Großen“ Koalition: „Die breite Mitte, die findet im Koalitionsvertrag nicht statt.“

„FDP und Grüne haben die Nase schon im Wind und wissen, warum es für sie bei der nächsten Wahl gehen wird und wo sie zusätzliche Stimmen holen können.“

Die Grünen sind schon jetzt gut in der Spur für den Wahlkampf in drei Jahren. Bei den vierwöchigen Jamaica-Verhandlungen hatten sie viel durchgesetzt, andererseits auch verantwortungsvolle Kompromissbereitschaft bewiesen. Ihre Spitzenkandidaten Katrin Göring-Eckardt und Cem Özdemir machten eine gute Figur, die neue Parteispitze aus Robert Habeck und Annalena Baerbock lässt Ähnliches erwarten.

Die FDP muss sich nach dem Scheitern der Jamaica-Verhandlungen erst wieder fin-

den. Zwar hat auch sie in Christian Lindner einen Vorzeigepolitiker, der neue, junge Wählerschichten ansprechen kann. Doch sein schlecht bzw. überhaupt nicht begründeter Ausstieg aus den Koalitionsgesprächen hat Irritationen hinterlassen, die sich in schlechten Umfragewerten für die Partei niederschlagen. Dies wird Lindner allerdings dazu zwingen, vor der nächsten Wahl Verantwortungsbewusst-

*„Wer seine zweite Chance
nicht nutzt, bekommt keine
dritte.“*

sein zu versprechen und Befürchtungen eines erneuten Umfallens zu zerstreuen. Seine Wähler werden ihre Stimme nicht noch einmal verschwenden wollen. Thematisch ist für die FDP genug Platz im neuen Bundestag und auch in der neuen politischen Mitte, etwa beim Einfordern ökonomischer Vernunft und einer modernen Definition der Bürgerrechte.

Lindner hat mit seinem Satz „Besser nicht regieren, als falsch regieren“ ziemlich schief gelegen. Was dagegen sicher gilt: Wer seine zweite Chance nicht nutzt, bekommt keine dritte.

DIE MITTE ALS POLITIKWISSENSCHAFTLICHES KONZEPT

von **Prof. Dr. Volker Kronenberg**

Was ist die „Mitte“ aus politikwissenschaftlicher Sicht? Wie wirkt der Druck von „links“ und „rechts“ auf die „Mitte“? Ist das Streben nach der „Mitte“ noch ein realistisches, ein zukunfts-fähiges Konzept? Fragen wie diese stellen sich im Kontext politikwissenschaftlicher Problemstellungen insbesondere im Hinblick auf das Parteiensystem. Der Terminus der „Mitte“ ist weitaus vielschichtiger und weitreichender, als dass eine Reduzierung auf ideologische Verortung parteipolitischer Programmatik ihm umfassend gerecht werden könnte. Aufgrund der Prägnanz des Parteiensystems für die Fragestellung wird dennoch anhand dieses Beispiels eine Verortung, eine Diskussion des Begriffs der „Mitte“ vorgenommen.

Mit dem Begriff der „Mitte“ sind zumindest zwei Dimensionen, eine normative wie eine empirische, verbunden. Schon in der Antike war die Rede von „Maß und Mitte“, wurde die „Goldene Mitte“ jenseits der Extreme wertgeschätzt und hochgehalten, war es der goldene Mittelweg, den es anzustreben, zu beschreiben galt. Eine in diesem Sinne aussagekräftige, Aristoteles zugeschriebene Formulierung lau-

„Schon in der Antike war die Rede von ‚Maß und Mitte‘, wurde die ‚Goldene Mitte‘ jenseits der Extreme wertgeschätzt und hochgehalten.“



Prof. Dr. Volker Kronenberg ist Akademischer Direktor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie.

tet, dass jede Tugend die rechte Mitte zwischen zwei Lasten sei. Eine dezidiert positive Besetzung der Mitte bei gleichzeitiger Geringschätzung allzu extremer Ränder findet sich somit über die Jahrhunderte hinweg im politischen, aber auch im sozialen, im gesellschaftlichen Rahmen.

„Eine Aristoteles zugeschriebene Formulierung lautet, dass jede Tugend die rechte Mitte zwischen zwei Lasten sei.“

Die Mitte, das Zentrum, ist derjenige Ort, auf den hin die maßgeblichen Kräfte streben, jener Ort, von dem sich die Ränder abgrenzen, und welcher der letztendlich entscheidende ist. Die Mitte, empirisch verstanden, verbindet sich gesellschaftlich, soziologisch und damit

„Auf die Mitte hin sind jene Parteien fokussiert, die ihrem Verständnis nach möglichst sämtliche Milieus der Gesellschaft integrieren.“

auch politikwissenschaftlich mit jenem Milieu, das klassischerweise, legt man die Sinusmilieustudien zugrunde, das größte und zentral gelegenste ist. Auf die Mitte hin sind jene Parteien fokussiert, die ihrem Verständnis nach möglichst sämtliche Milieus der Gesellschaft integrieren, die auf das Gemeinwohl gerichtet sind und die katalysatorisch, parteiintern bereits Konflikte moderierend, einen wesentlichen Beitrag für die Stabilität des Gemeinwesens und des Gemeinwohls leisten wollen: die Volksparteien. Volksparteien positionieren sich per Definition in der Mitte des Parteiensystems, in der Mitte der verschiedenen, sich wandelnden gesellschaftlichen Milieus und stabilisieren von dieser Mitte aus das Gesamtsystem und somit das Gemeinwesen. Jenseits von Rechts und Links, wenn auch beide Flanken idealiter integrierend, aber von der Mitte her stabilisierend, spielten sie über Jahrzehnte hinweg, und ihrem Anspruch nach auch noch immer, eine zentrale Rolle in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Lässt man den Blick imaginär über das deutsche Parteiensystem schweifen, stellt man den Drang zur Mitte, das Streben in Richtung eines, wie auch immer gearteten, Zentrums parteiübergreifend fest.

Die Christlich Demokratische Union (CDU) hat als konfessionsübergreifende Partei seit jeher den Anspruch, ihre Parteiprogrammatik über Lagergrenzen hinweg zu konzipieren und zu vertreten. Mithin hat sie das katholische „Zentrum“ hinter sich gelassen, um als „Volks-

„Frei nach Franz Josef Strauß argumentieren Unionspolitiker bis heute, dass es ‚keine Partei rechts der Union‘ geben dürfe.“

partei der Mitte“ das politische Zentrum im deutschen Parteiensystem zu besetzen. Die Mitte wurde hierbei freilich in einem sehr umfassenden Sinne verstanden. Frei nach Franz Josef Strauß argumentieren Unionspolitiker bis heute, dass es „keine Partei rechts der Union“ geben dürfe: Ein Postulat, das in den letzten Jahren wieder eine besondere Relevanz erhalten hat, gleichzeitig aber auch die Fähigkeit der Union zur Integration der Mitte empirisch unterstreicht.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ist spätestens seit ihrem Godesberger Programm von 1959 und der Anerkennung sowohl einer bundesrepublikanischen Westbindung als auch einer marktwirtschaftlichen Grundorientierung wirtschaftlichen Handelns von einer Klassen- und Arbeiterpartei zu einer Volkspartei avanciert, was sich etwa im Selbstverständnis als Partei der „neuen Mitte“ oder der „linken Mitte“ niederschlägt.

Aber auch die anderen Parteien, elektoral in der Regel schwächer, programmatisch oftmals pointierter und zielgruppenspezifischer, streben in Richtung einer politischen „Mitte“: Bündnis90/Die Grünen, in den 1980er Jahren als ökologische Single Issue-Partei gestartet, öffnete sich nach ersten Kooperationen mit den Sozialdemokraten langsam in Richtung bürgerlicher Parteien. Spätestens seit dem Regierungsantritt der ersten grün-schwarzen Koalition in Baden-Württemberg und weiteren Koalitionsexperimenten schwarz-grüner oder auch jamaikanischer Art auf Landesebene haben sich die Grünen der Mitte angenähert. Die Freien Demokraten (FDP) sehen sich trotz ihrer liberalen, klientelpolitischen Ausrichtung klar in der bürgerlichen „Mitte“, nahmen über Jahre die Position eines „Züngleins an der Waage“ – traditionell in der Mitte zwischen den Waag-

„Die Freien Demokraten sehen sich trotz ihrer liberalen, klientelpolitischen Ausrichtung klar in der bürgerlichen ‚Mitte‘.“

schalen verankert – ein und formten noch mindestens bis 2013 gemeinsam mit der Union das schwarz-gelbe „bürgerliche“ Lager. Auch Die Linke und selbst die Alternative für Deutschland (AfD) – obwohl beide klar nach links bzw. rechts ausgreifen, auch dezidiert radikale und extrem(istisch)e Milieus ansprechen – nehmen für sich in Anspruch, im Grunde doch ein breiteres Spektrum der Wählerschaft anzusprechen

und eine (eher) gemäßigte politische „Mitte“ zu vertreten.

„Mitte und Ränder koexistieren symbiotisch wie Hell und Dunkel, wie Rechts und Links.“

Der werbende Kampf um die Mitte, ohne eben jene sicher erreichen zu können und bei ihr zu verweilen, dieser ‚Tanz um das Feuer‘ aller Parteien funktioniert jedoch nur so lange, wie es einen sichtbaren Wettbewerb politischer Richtungen gibt. Wenn es nur „die Mitte“ gäbe, könnte sie nicht mehr in Abgrenzung zu den Rändern definiert werden: Mitte und Ränder koexistieren symbiotisch wie Hell und Dunkel, wie Rechts und Links. Die Mitte darf angestrebt werden, muss aber unbesetzt bleiben.

Wenn sich also Volksparteien zusammentun, wenn eine „Große Koalition“ von der Ausnahme zur Regel wird, dann erstarken die Ränder. Was zuletzt Ende der 1960er Jahre mit der NPD, deren beinahe erfolgtem Einzug in den Deutschen Bundestag sowie deren Vertretung in diversen Landtagen beobachtet werden konnte, erleben wir wieder in der Gegenwart. Dabei geht es nicht um die kumulierte Stärke der beiden „großen“ Parteien, sondern darum, dass deren Stärke auf zwei unterschiedliche Lager, rechts und links der Mitte, verteilt wird: Die beiden Parteien vereinigten bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 etwa 90 Prozent der Wählerschaft auf sich, arbeiteten jedoch nicht zusammen, sondern führten polarisierte

Wahlkämpfe und setzten klare programmatische Akzente. Diese Konstellation hatte eine Schwächung der politischen Ränder und eine marginale Rolle extremer politischer Orientierungen zur Folge.

Letztlich war diese Konstruktion politischer Stabilität durch eine starke, von zwei Volksparteien besetzte Mitte eine der tragenden Säulen der sogenannten „Bonner Republik“ im Sinne einer nach Edgar Wolfrum „geglückten Demokratie“. Die Möglichkeit einer Großen Koalition stellte in diesem System eine Ausnahme dar. Derzeit haben wir seit März 2018 das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik die Causa zweier unmittelbar aufeinander folgender Großer Koalitionen. Weitete man den Blick auf das vergangene Jahrzehnt, haben seit 2005 gar drei der letzten vier Regierungsbildungen auf Bundesebene eine Große Koalition ergeben.

„Wenn sich Volksparteien zusammenschließen, wenn eine ‚Große Koalition‘ von der Ausnahme zur Regel wird, dann erstarken die Ränder.“

Dies sind zwar keine Anzeichen für einen Zusammenbruch oder eine nachhaltige Schwächung des deutschen Parteiensystems, wohl aber deutliche Hinweise auf einen bevorstehenden und teilweise sich bereits vollziehenden, in vielerlei Hinsicht grundlegenden Wandel der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft –

und somit auch die politische „Mitte“ und ihre gesellschaftliche Rolle betreffend.

Die Verortung der politischen Mitte ist schwieriger, diffuser, schwammiger geworden – wenn „die Mitte“, wie zu bezweifeln ist, denn überhaupt jemals definitiv identifiziert werden konnte. Einfacher zu definieren waren seit jeher die Ränder, wenn nicht programmatisch radikal und ideologisch extrem, dann doch mindestens anhand klarer gesellschaftlicher Konfliktlinien. Eine solche Einordnung präsentiert etwa die Theorie sozialer ‚Cleavages‘ nach Seymour Lipset und Stein Rokkan, in deren Logik Wählerinnen und Wähler nicht nach Unterstützung oder Gegnerschaft einzelner politischer Entscheidungen verortet werden, sondern in der die Wählerschaft sich anhand bestimmter Konfliktdimensionen in einander entgegengesetzte Lager politischer Interessen geteilt wird. Lange Zeit erfolgte die Einordnung von Parteien anhand der vier von Lipset und Rokkan identifizierten Cleavages, die auch das Entstehen des deutschen Parteiensystems maßgeblich geprägt haben: (1) Kapital versus Arbeit, (2) Kirche versus Staat, (3) urbane Räume versus ländliche Gegenden und (4) Zentrum versus Peripherie.

Spätestens seit Ende des vergangenen Jahrhunderts verlieren die traditionellen Cleavages

„Die Verortung der politischen Mitte ist schwieriger, diffuser, schwammiger geworden.“

an Bedeutung: So differenzieren sich soziale Milieus immer weiter aus, eine klare, gesetzte und lebenslange Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen wird immer seltener und verliert gesamtgesellschaftlich wie individuell zunehmend an Akzeptanz. Eine Folge dieser Entwicklung ist das Abschmelzen gesellschaftlicher Konfliktlinien, ein Verlust an sozialer Bindekraft und somit eine Schwächung des Erklärungsmusters von Cleavages in Form von jeweils zwei einander gegenübergestellten Kategorien, die sich nicht zuletzt auch in der Klage über die zunehmend fehlende Unterscheidbarkeit der Parteien niederschlägt. Die Abschwächung der Aussagekraft cleavage-geleiteter Erklärungsmuster hängt aber auch wesentlich

„Die Folgen der Globalisierung und der erhöhten Mobilität wirken auch auf das Parteiensystem.“

mit Phänomenen wie einer erhöhten, überregionalen sozialen Mobilität und Globalisierungstendenzen zusammen. Gleichzeitig lässt sich gerade auf dieser Basis in den vergangenen Jahren die Konstitution eines neuen Cleavages (5) feststellen, das zwischen kosmopolitischen und kommunitären Positionen verläuft und der politischen Auseinandersetzung – etwa in den Debatten um Integration, innere Sicherheit oder Europa – neue Kontur verleiht.

Wie aber wirkt sich all das auf das politische Konzept der „Mitte“ aus, die trotz anderer Begrifflichkeiten, trotz neuer Namen doch irgend-

wie so diffus, so unbestimmt bleibt wie seit jeher? Die Folgen der Globalisierung und der erhöhten Mobilität wirken auch auf das Parteiensystem, zeigen sich in den Reaktionen auf

„Parteien sind wandlungsfähig und Parteien sind vor allem lernfähig.“

direkte, krisenhafte Folgeerscheinungen wie abrupt einsetzende und weltweit anhaltende Wirtschafts- und Währungskrisen oder nachhaltig ansteigende Migrationsbewegungen. Nicht zuletzt die Frage, inwiefern Ängste und Sorgen im Zusammenhang mit diesen Phänomenen ernst genommen werden und in politischen Antworten ihren Niederschlag finden, hat eine dezidierte Wirkung darauf, wie stark sich Parteiensysteme ausdifferenzieren und verändern.

Aber bei allen Schwierigkeiten, auf die Problemlagen angemessene Antworten zu finden, bei allem Suchen der eigenen Position in der politischen Mitte, ist festzuhalten: Parteien sind wandlungsfähig und Parteien sind vor allem lernfähig. Das bedeutet, dass etablierte Parteien bei neu auftretenden und sich verschärfenden Konkurrenzsituationen mit anderen Parteien, etwa mit der AfD oder in früheren Jahren auch mit der Piratenpartei, reagieren, sich anpassen, sich positionieren können. Dies bedeutet insbesondere, dass Parteipositionen nicht in Stein gemeißelt und unabänderbar sind, sondern dass Parteien ihre Position modifizieren können, um wesentliche Bedürf-

nisse und Interessen in der Bevölkerung zu integrieren und „Politik“ entlang bestehender Parteistrukturen zu plausibilisieren. Dies ist umso notwendiger, wenn eine Partei sich als eine ‚Partei der Mitte‘ versteht.

„Im Zusammenspiel von Kontinuität und Wandel bleibt das Konzept der politischen ‚Mitte‘ maßgeblich.“

Eine Conclusio lautet daher, dass ein kontinuierlicher Wandel zum Konzept eines Parteiensystems und eines ‚Tanzes um die Mitte‘ dazugehört. Im Zusammenspiel von Kontinuität und Wandel bleibt das Konzept der politischen „Mitte“ maßgeblich: im empirischen Sinne als Median, Mittelwert und rechnerisches Zentrum der Parteienkonkurrenz, im normativen Sinne als Wert und Ziel, woraufhin, in einer streitbaren Demokratie und vor dem Hintergrund der Erfahrungen deutscher Geschichte, der Anspruch der politischen Parteien und mithin politisches Handeln letztlich ausgerichtet sind und bleiben.

TEMPOLIMIT FÜR FASTMEDIA

von **Dr. Hajo Schumacher**

ZUM THEMA

Von den vielen klugen Sachen, die ich von Professor Karl-Rudolf Korte gelernt habe, war der Begriff der „Entschleunigungsinstanz“ einer der schlauesten. Als halbwegs junger, ungestümer Journalist wollte ich dem angesehenen Politologen der Universität Duisburg-Essen klar machen, dass Ministerien, Regierungen, Bundesämter im Skandalfall sehr viel schneller reagieren müssten, wenn wieder ein Skandal aufkommt. Dioxin im Hühnerfutter? Umgehend alle verdächtigen Eier aus den Kühlregalen räumen und die Verantwortlichen empfindlich bestrafen. Dazu ein 10-Punkte-Plan aus Brüssel. Mietwucher? Auf der Überholspur ein hammerhartes Gesetz dagegen. Straftaten? Sofort verknacken. Haben die Steuerzahler nicht ein Recht auf Expressregieren?

Der Professor lächelte, wiegte sein Haupt und schwieg. Er dachte nach. Das ist mutig in atemlosen Zeiten, wo immer sofort ein Statement verlangt wird. In aller Ruhe antwortete Korte schließlich: „Das würde das System nicht aushalten.“ Ich guckte ungeduldig fragend. „Würde Politik umgehend auf jede Aufregung mit Gesetzen reagieren, würde sich eine Regierung selbst lahm legen“, erklärte der Professor. Vor dem Gesetzemachen steht das Aus-sieben dessen, was kein Gesetz wert ist.

Regieren kostet Zeit, viel Zeit. Von der ersten Idee bis zum fertigen Gesetz müssen Abgeordnete, Ausschüsse, Experten, Kritiker gemeinsam oder gegeneinander um Formeln ringen, Kommunen, Länder, Bund, EU reden



© Annette Houschild

Dr. Hajo Schumacher arbeitet seit 40 Jahren als Journalist. Er ist Autor und Moderator der deutschen Ausgabe des internationalen Talk-Magazins *Quadrige* der Deutschen Welle.

mit, schließlich die parlamentarische Mehrheit. In eben dieser Dauer liegt die Kraft. Denn das Thema wird unterwegs gewogen und gewendet, begutachtet und getestet, womöglich verworfen. Nicht jeder erste Gedanke ist wirklich gut und rechtlich umsetzbar. Nicht jeder Skandal entpuppt sich als echt. Und nicht jedes Geschrei erweist sich als angemessen.

„Nicht jeder Skandal entpuppt sich als echt. Und nicht jedes Geschrei erweist sich als angemessen.“

„Entschleunigungsinstanz“ bedeutet, dass eine ideale Politik nicht dem ökonomischen Mantra von „Schneller, Effektiver, Mehr“ gehorcht, sondern in aller Verantwortung gegen-teilig agiert: langsam, nachdenklich, nachvollziehbar und gern: weniger. Der wunderbare

Kollateralnutzen: Unterwegs fällt Nebensächliches ab, was anfangs vielleicht als unglaublich wichtig gegolten haben mag.

Entschleunigung heißt Priorisierung und Mut zur Entmüllung. Beschleunigung dagegen begünstigt Hektik und Oberflächlichkeit. Bei hohem Tempo lässt sich Relevanz kaum erkennen. Je heißer die Nadel glüht, desto wichtiger sind Effekte, nicht Ergebnisse. So wie Fastfood vor allem Nahrungssimulation bedeutet, steht

„Entschleunigung heißt Priorisierung und Mut zur Entmüllung. Beschleunigung dagegen begünstigt Hektik und Oberflächlichkeit.“

Fastmedia für Informationssimulation. Gefördert wird nicht staatsbürgerliches Bewusstsein, sondern Hysterie, Angst, Unsicherheit. Denn die wichtigsten Kriterien für Fastmedia-Beiträge sind Konflikt, Drama, Weltuntergang und banale Nichtigkeiten, also das komplette Gegenteil von kluger Information.

Schneller bedeutet nicht besser, weder beim Essen noch in der Politik und schon gar nicht bei den Medien. Gleichwohl bekommt die schnellste Meldung zu irgendeinem Thema die meisten Klicks und nicht die richtigste, klügste, unaufgeregteste. Das Tempo-Diktat führt nicht zu besseren Medien, sondern zu vermehrten Reflexen, Automatismen, Standardprodukten. US-Präsident Donald Trump

„Schneller bedeutet nicht besser, weder beim Essen noch in der Politik und schon gar nicht bei den Medien.“

macht sich Fastmedia quasi täglich zunutze. Seine Tweets sind hektisch, widersprüchlich, emotional, aber immer Futter für die globale Schlagzeilenindustrie. Je schneller Trump seine Blitze im Twitter-Gewitter abfeuert, desto eher ist der Unsinn von vor fünf Minuten vergessen. Gute Medien kapieren das und berichten entsprechend gelassen.

Es ist eben kein Journalismus, wenn zwei Dutzend Reporter gleichzeitig vor dem Kanzleramt in die Kameras sagen, dass sie auch nicht wissen, was hier gerade geschehe, aber alles sei schon irgendwie echt dramatisch. Wäre es nicht total abgefahren, wenn nur noch zwei oder drei Medienvertreter zu sehen wären, die sich dafür aber auskennen? Zugegeben, eine naive Hoffnung. Denn je großzügiger wir temporeichen Aktionismus belohnen, desto bunter werden mediale Um-

„Das Tempo-Diktat führt nicht zu besseren Medien, sondern zu vermehrten Reflexen, Automatismen, Standardprodukten.“

verpackungen auf allen Kanälen. Neulich sah ich auf einem Flughafen-Bildschirm eine Live-Übertragung, die mit dem Hinweis „Breaking News“ geadelt wurde: Wahl, Skandal oder wenigstens Nachricht? Nein, die Airforce One war irgendwo gelandet, die Treppe wurde irgendwie ans Flugzeug geschoben, winkend stieg Präsident Trump aus. Der Präsident verlasse jetzt das Flugzeug, wusste der Korrespondent zu berichten, live. Im vergangenen Jahrhundert haben sich viele kluge Forscher mit dem Thema der Nachrichtenfaktoren befasst, also der Frage, was eine Nachricht zur Nachricht mache. Altes Wissen, das ein wenig verschüttet wurde. Nur soviel: Die Knappheit einer Zeitungsseite zwingt den Redakteur, mit Bedacht auszuwählen, welcher Beitrag heute einen Platz erhält. In Zeiten scheinbar grenzenloser Ressourcen wird nicht ausgewählt, sondern hirnlos abgetippt und das viele Nichts mit den alten Tricks („exklusiv“) und natürlich vielen bewegten und bewegenden Bildern („Was Sie dann sehen, wird Sie zu Tränen rühren...“) verpackt.

Menschen und Medien haben sich an die fortwährende Simulation von Nachrichten gewöhnt: schnell aufregen, schnell vergessen. Fastmedia halt. Früher hieß es mal, wir lebten in einer Wissensgesellschaft, die dank digitaler Kommunikation immer transparenter

„In Zeiten scheinbar grenzenloser Ressourcen wird nicht ausgewählt, sondern hirnlos abgetippt.“

„Nie kursierten so viele irre Verschwörungstheorien wie heute.“

werde und dem Bürger ungeahnte Optionen zum Mitmachen gebe. Leider Unsinn: Denn wenn Wissen wächst, wächst automatisch auch das Unwissen. Nie kursierten so viele irre Verschwörungstheorien wie heute. Wäre mal einen Algorithmus wert, der verdeutlicht, dass Quatsch-News und wüste Gerüchte offenbar parallel zum Tempo der umgewälzten Nachrichtenmenge wachsen. Immer hektischeres Gerenne auf dem Beschleunigungspfad führt offenbar in kollektive Angst, Aufregung, aber nicht zu einem verbesserten gesellschaftlichen Dialog. Soweit die Diagnose.

Wie aber kann die Therapie aussehen? „Entschleunigung“ ist ein esoterisch aufgeladener Begriff, der gern mit „Achtsamkeit“ und „Empathie“ daherkommt, wie ein Hauch von Sandelholz. Kann man drüber lachen. Aber dann erinnern wir uns der magischen Stunden, die wir einst mit Sten Nadolny und der „Entdeckung der Langsamkeit“ verbracht haben. Tagtäglich wird uns „one-click“ versprochen, „kinderleicht“ oder „mit wenigen Handgriffen“. Wir Bürger müssten viel gelassener, bewusster, informierter sein als früher, träfen all diese digitalen Versprechen zu. Wer hat heute mehr Zeit als vor zehn oder zwanzig Jahren? Wieder zeigt keiner auf. Eben.

Nur mal so eine Idee: Warum gönnen wir uns nicht hin und wieder einen magischen Schlüs-

selmoment der Ruhe, um die wirklich wichtigen Fragen zu behandeln. Trägt dieses Ereignis tatsächlich eine Meldung? Steckt mehr dahinter als das Hoffen auf irgendeine Resonanz? Sind unsere Nachrichtenwerte richtig justiert? Hilft der Mainstream als Orientierung? Geht es vor allem um Quantität wie etwa Klicks oder auch um Qualität wie etwa gesellschaftliche Relevanz? Und wem gehen wir heute wieder auf den Leim?

„Warum gönnen wir uns nicht hin und wieder einen magischen Schlüsselmoment der Ruhe, um die wirklich wichtigen Fragen zu behandeln.“

Zugegeben, Langsamkeit braucht Mut; den Mut, nicht Erster sein zu wollen, den Mut, Fakten zu checken, den Mut, zu denken, den Mut zu Gelassenheit, wenn alle anderen durchdrehen. Und vor allem den Mut, auf Erlöse zu verzichten, die vorerst die Schnellsten (und Skrupellosesten) einstreichen. Wie also verordnet eine Hochgeschwindigkeitsgesellschaft sich und ihren Medien ein Tempolimit? Indem wir uns zunächst auf die Kernaufgaben der Medien besinnen. Von „Schneller, Lauter, Aufgerechter“ ist weder im Grundgesetz noch in irgendeinem Medienstaatsvertrag der Länder etwas zu finden.

Der Verfassungsauftrag ist seit 1949 klar: Unabhängige Medien sollen den Menschen zum

Wahlbürger machen, durch Information und Meinung, sauber getrennt, recherchiert und begründet. Gern zitieren wir Journalisten auch unsere Relevanz als „vierte Gewalt“. Wir gucken den Mächtigen auf die Finger, decken Missstände auf und sorgen so für eine permanente Selbstreinigung der liberalen Demokratie. Der marktwirtschaftliche Imperativ für Verlage und Privatsender ist ebenfalls klar: Umsatz und Gewinn. Die Gewissensfrage lautet: Welcher Verantwortung wird ein Senderchef oder Verleger in Zeiten rückläufiger Quoten und Werbeeinnahmen wohl eher gerecht, der staatsbürgerlichen oder der unternehmerischen? Und was bedeutet das für das Klima in der Redaktion, vor allem aber für die Personalausstattung? Mit der Drohung, das Unternehmen müsse weitere Arbeitsplätze abbauen, kriegst man noch jeden Chefredakteur auf die Überholspur.

Ein Schlüssel liegt gewiss in der Journalisten- ausbildung. Natürlich gibt es unzählige wunderbare, kluge und ernsthafte junge Medienmenschen. Gleichwohl bilde ich mir ein, dass auf die technische Ausbildung heute deutlich mehr Wert gelegt wird als zu meiner Zeit, als das Bedienen von Stift, Block, Schreibma-

„Mit der Drohung, das Unternehmen müsse weitere Arbeitsplätze abbauen, kriegst man noch jeden Chefredakteur auf die Überholspur.“

schine und Auto genügte. Neulich interviewte mich ein Ein-Frau-Team für einen Nachrichtensender. Die junge Dame hatte ein Stativ dabei, auf dem ihr Smartphone klemmte, sie schloss ein Mikro an und las von einem Tablet-Computer die Fragen ab, die ihr die Redaktion geschickt hatte. Früher kam ein TV-Team zu dritt. Sie mache drei bis fünf solcher Beitragsschnipsel am Tag, sagte die Kollegin, sonst käme sie

„Das tragische Dreieck von relativer Ahnungslosigkeit bei gleichzeitig immens wachsenden Anforderungen und schrumpfendem Personal scheint mir ein wesentliches Problem.“

auch nicht auf ihren Tagessatz von gut 100 Euro, brutto. Es ging dann um Syrien und die Kanzlerin, ein Thema, von dem ich kaum Ahnung habe, die junge Medienvertreterin aber noch viel weniger. „Was denn so los sei und wie es weitergehe?“, fragte sie. Dagegen klang selbst der legendäre Fußballreporter Rolf Töpferwien wohlinformiert, der Trainern gern das Mikro unter die Nase hielt und kritischen Blickes fragte: „Und?“

Das tragische Dreieck von relativer Ahnungslosigkeit bei gleichzeitig immens wachsenden Anforderungen und schrumpfendem Personal scheint mir ein wesentliches Problem. Am Abend sah ich den Beitrag meiner Syrien-Re-

porterin. Von unserem Halbstundengespräch, in dem ich die verschiedenen Handlungsebenen und Verstrickungen versucht hatte darzulegen, war ein siebensekündiges Statement geblieben: „Die Kanzlerin hat ein Problem.“ Das hatte ich zwar auch gesagt, aber in einem Kontext, der ringsherum weggeschnitten war. In diesem Beitrag ging es weder um Politik noch um die Kanzlerin noch um Syrien, weder um Information noch um Einsicht, sondern schlicht um Emotion, die, ganz nebenbei, natürlich das toxische Narrativ von „denen da oben“ bedient, die ja sowieso nichts gebackten kriegen. Wem dienen solche Simulationsbeiträge?

Selbst bei Qualitätszeitungen ist es in Mode gekommen, Texte zu drucken, die keinerlei journalistische Kriterien erfüllen. Im April 2018 präsentierte das Bildungsbürgerblatt „Zeit“ allen Ernstes eine Titelstory, die als „Wutausbruch“ gekennzeichnet war. Moment? Wutausbrüche sind durch Lautstärke, Faktenarmut, Verletzungsabsicht und hohe Emotionalität geprägt. Sollte eine gute Geschichte nicht exakt das Gegenteil sein, entspannt, faktenreich und fair? Egal. Sind die Standards einmal kollektiv gesenkt, wird es schwer, die Kurve nach oben zu bekommen.

„Sind die Standards einmal kollektiv gesenkt, wird es schwer, die Kurve nach oben zu bekommen.“

Auf die Gefahr hin, mich bei 40 Millionen Haushalten unbeliebt zu machen, die Rundfunkbeiträge entrichten, aber: Die Marktwirtschaft mit all ihren Segnungen taugt leider nicht, ein modernes Mediensystem zu organisieren. Das öffentlich-rechtliche System nach dem Vorbild der BBC war nach der Nazi-Zeit mit dem missbrauchten Volksempfänger ein schlauer Ansatz, ein Volk zu demokratisieren; durch wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit.

Womöglich taugt dieses Modell auch, um die Informations- und Wissensvermittlung einer hysterischen Zukunft zu organisieren. Zuvor allerdings wäre eine radikale Reform nötig. Doppel- und Dreifachstrukturen wären abzubauen, die gigantischen Pensionslasten der Anstalten in eine Art Bad Bank auszulagern, sämtliche Einnahmen aus Reklame zu streichen, die Besetzung der Gremien zu modernisieren. Mit acht Milliarden Euro lässt sich gut Programm machen, auch ohne „Dieser Wetterbericht wurde ihnen von Hustensaft präsentiert.“

„Es gäbe so viel zu reformieren, und es gibt Ideen und Geld genug, es zu tun.“

Als dann wäre zu überlegen, wie ein modernes, breites, attraktives und zunehmend digitales Programm aussieht, inklusive menschenwürdiger Arbeitsbedingungen. Dazu gehört allerdings auch die Ehrlichkeit, manchem Mitarbeiter mitzuteilen, dass seine Qualifikation mit seinen Ansprüchen nicht mehr zu vereinbaren

ist, vor allem aber nicht mit seinem Output. Wie viele schlechtlaunige Altlasten schlurften über die Flure in Mainz, Köln und München? Warum? Weil keiner den Mut hat, ein offenes Wort zu sprechen.

Dann würde auch mal offen darüber geredet, warum Netflix sein Angebot im Netz einfach und appetitlich präsentieren kann, die ARD ihre Mediathek aber nicht. Wo wir gerade bei Offenheit sind: Brauchen wir Radio Bremen wirklich? Wollen wir uns das ZDF weiterhin als Rentnerbespaßungsanstalt leisten? Womöglich bekommen wir sogar die notleidenden Lokal- und Regionalzeitungen in einem öffentlich-rechtlichen Konstrukt unter, bevor sie einfach so wegsterben? Es gäbe so viel zu reformieren, und es gibt Ideen und Geld genug, es zu tun. Dafür ist die Krise aber noch nicht groß genug. Denn auch in der Medienwelt gilt die Goldene Regel: Wenn der Keller unter Wasser steht, muss die Chefetage sich noch lange keine Sorgen machen. Bevor uns Google, Facebook und Amazon aber mit ihren ebenso gefräßigen wie skrupellosen Systemen die Demokratie zur Hölle machen, sollten wir unsere Häuser vielleicht doch wetterfest machen: gern entschleunigt, aber bitte noch rechtzeitig.





DIE VOLKSPARTEIEN UND DAS VOLK

Demokratie zwischen Vertrauensverlust und Populismus

Diskussionsveranstaltung | 11. Januar 2018

Am 11. Januar 2018 durfte die Bonner Akademie **Sigmar Gabriel MdB**, Bundesminister a.D. des Auswärtigen, im Bonner Universitätsforum begrüßen. Nach seiner Rede zum Thema „Die Volksparteien und das Volk – Demokratie zwischen Vertrauensverlust und Populismus“ diskutierte er auf dem Podium mit **Christian Ude**, Altbürgermeister der Landeshauptstadt München, und **Dr. Peter Gauweiler**, Bayerischer Staatsminister a.D. sowie

CSU-Bundestagsmitglied a.D., unter anderem die Frage, wie die etablierten Parteien verloren gegangenes Wählervertrauen zurückgewinnen können. Moderiert wurde die Runde von **Christoph Schwennicke**, Chefredakteur des Magazins CICERO.

RÜCKBLICK



Sigmar Gabriel MdB, Bundesminister a.D. des Auswärtigen, nahm in seiner Rede die Parteien in die Pflicht, Verantwortung für die gesamte Gesellschaft zu übernehmen. Es sei wichtig, die Sorgen und Ängste der Bürger ernst zu nehmen, ohne dabei auf populistische Ressentiments zurückzugreifen.



In seiner Begrüßung skizzierte **Prof. Bodo Hombach** den Vertrauensverlust des Volkes in die etablierten Parteien. Gegen populistischen Eifer helfe nicht Empörung; sondern Leidenschaft für den eigenen Standpunkt, so der Präsident der Bonner Akademie.



Die Diskutanten im Gespräch mit **Christoph Schwennicke** (2.v.l.), Chefredakteur des Magazins CICERO.



Dr. Peter Gauweiler, Bayerischer Staatsminister a.D. sowie CSU-Bundestagsmitglied a.D., kritisierte, dass man das Ziel gesamtgesellschaftlicher Fragestellungen aus den Augen verloren habe.



Der Altbürgermeister der Landeshauptstadt München, **Christoph Ude**, warnte vor einer „Selbstabschaffung des Parlamentarismus“.

KLIMADIPLOMATIE IM WANDEL

Wie geht es nach der COP 23 weiter?

Diskussionsveranstaltung | 19. Februar 2018

Am 19. Februar 2018 sprach **Patricia Espinosa**, Exekutivsekretärin des UN-Klimasekretariats UNFCCC, in der Bonner Akademie. Gemeinsam mit **Christoph Bals**, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch e.V., **Prof. Dr. Peter Höppe**, Meteorologe und Vorsitzender der „Munich Climate Insurance Initiative“ (MCII), sowie **Dr. Daniel Klingefeld**, Leiter des Stabes des Direktors am Potsdam-Institut für Klimafol-

genforschung, diskutierte sie über die Ergebnisse der letzten Weltklimakonferenz und über die aktuellen Herausforderungen im Kampf gegen den Klimawandel. Die Begrüßung hielt **Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Hoch**, Rektor der Universität Bonn. Moderiert wurde die Veranstaltung von **Dr. Hildegard Stausberg**, Journalistin und Vorsitzende des Kölner Presseclubs.

RÜCKBLICK



Patricia Espinosa, Exekutivsekretärin des UN-Klimasekretariats UNFCCC, verbreitete mit Blick auf die jüngsten Klimaschutzinitiativen – wie dem Talanoa-Dialog und der Arbeit am „Benutzerhandbuch“ des Pariser Klimaabkommens – Optimismus.



In seiner Begrüßung blickte **Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Hoch**, Rektor der Universität Bonn, auf den erfolgreichen Verlauf der COP 23 in Bonn zurück und sprach allen an der Organisation Beteiligten ein großes Lob aus.



Prof. Dr. Peter Höppe (2.v.r.), Meteorologe und Vorsitzender der „Munich Climate Insurance Initiative“ (MCII), begrüßte die Fortschritte beim Aufbau einer Versicherung für die Menschen, die am meisten von Folgen des Klimawandels bedroht sind.



Dr. Daniel Klungenfeld (M.) forderte einen Wandel des individuellen Lebensstils. Der Leiter des Stabes des Direktors am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung unterstrich zudem, dass alle Nationen ihre Bemühungen beim Klimaschutz deutlich intensivieren müssten.



Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch e.V., warnte vor den Gegnern des Klimaschutzes, wie etwa der aktuellen US-Regierung unter Donald Trump oder den Lobbys der fossilen Energiewirtschaft.

Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem Liaison Office Internationale Wissenschaft der Bundesstadt Bonn ausgerichtet.

**IDEEN.
IDEAS.
IDÉES.
BONN.**

KITT UNSERER GESELLSCHAFT

Halten Vereine uns zusammen?

Diskussionsveranstaltung | 27. Februar 2018

Anlässlich der Sonderausstellung „Mein Verein“ fand am 27. Februar 2018 die Diskussionsveranstaltung „Kitt unserer Gesellschaft – Halten Vereine uns zusammen?“ in Kooperation mit dem Haus der Geschichte statt. Auf dem Podium diskutierten **Prof. Dr. Sebastian Braun**, Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und Leiter der Abteilung „Integration, Sport und Fußball“ am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrations-

forschung, **Cacau**, Integrationsbeauftragter des Deutschen Fußballbundes und ehemaliger Profifußballer, **Michael Kramp**, Vorstandsmitglied beim Festkomitee Kölner Karneval, und **Prof. Dr. Clemens Tesch-Römer**, Direktor des Deutschen Zentrums für Altersfragen. **Dr. Moritz Küpper**, Landeskorrespondent des Deutschlandradios, übernahm die Moderation des Abends.

RÜCKBLICK



Cacau (2.v.r.), Integrationsbeauftragter des DFB und ehemaliger Profifußballer, betonte in der von **Dr. Moritz Küpper** (r.) moderierten Diskussionsrunde die integrative Kraft von Vereinen.



Prof. Dr. Sebastian Braun, Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin, unterstrich, dass das vielfältige Vereinswesen in Deutschland eine bedeutende Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einnehme.



Prof. Dr. Dieter Engels, stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender der Bonner Akademie, betonte in seiner Einführung den Wandel des deutschen Vereinslebens.



Prof. Dr. Hans Walter Hütter, Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, stellte den Bezug zur Sonderausstellung „Mein Verein“ im Haus der Geschichte her. Ziel der Ausstellung sei es, die soziale Bedeutung des Vereinswesens zu veranschaulichen.

RÜCKBLICK

Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland statt.



AUSGETRÄUMT, AMERIKA?

Die Vereinigten Staaten unter Donald Trump

Diskussionsveranstaltung | 12. März 2018

Am 12. März 2018 lud die Bonner Akademie zur Vorstellung des Buchs „Ausgeträumt, Amerika? Unterwegs in einem gespaltenen Land“, verfasst von dem USA-Korrespondenten und stellvertretenden Leiter des ARD-Studios in Washington, **Dr. Jan Philipp Burgard**. Zusammen mit **Elmar Brok**, Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, **Michael R. Keller**, US-Generalkonsul in Düsseldorf, und **Peter**

Kloppel, Chefmoderator „RTL aktuell“, diskutierte er über seine im Buch dargestellten Erlebnisse und Eindrücke von seinen Reisen innerhalb der Vereinigten Staaten sowie über generelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen des Landes unter Donald Trump und ihre Konsequenzen für Europa und die heutige Weltpolitik. Moderiert wurde die Veranstaltung von **Anja Bröker**, Journalistin und Moderatorin beim WDR.

RÜCKBLICK



In der von **Anja Bröker** (2.v.l.) moderierten Diskussionsrunde rieten die Podiumsgäste zu einer differenzierten Betrachtung der politischen Veränderungen, um die Lage in den USA zu verstehen.



Elmar Brok, Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, merkte mit Blick auf Veränderungen für die Europäische Union an, dass durch Trump die EU enger zusammengeschweißt werde.



Dr. Jan Philipp Burgard, USA-Korrespondent und stellvertretender Leiter des ARD-Studios in Washington, sprach im Zuge der Recherche für sein neues Buch „Ausgeträumt, Amerika? Unterwegs in einem gespaltenen Land“ mit vielen Wählern Donald Trumps. Nach seiner Beobachtung fange der umstrittene US-Präsident viele Menschen auf, die sich von Modernisierung und Globalisierung abgehängt fühlen.



Der Chefmoderator bei „RTL aktuell“, **Peter Kloeppel**, bedauerte die Veränderung des politischen Diskurses sowohl in den Medien als auch im privaten Umfeld sowie den Rückgang eines sachlichen und konstruktiven Austausches.

WAS DIE MENSCHEN ,WIRKLICH‘ DENKEN

Demokratie in Zeiten des Populismus

Diskussionsveranstaltung | 27. März 2018

Zum Auftakt des Projektes „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ fand am 27. März 2018 in der Bonner Akademie eine Veranstaltung zum Thema „Was die Menschen ‚wirklich‘ denken – Demokratie in Zeiten des Populismus“ statt. Über die konkreten Herausforderungen für unser politisches System durch den erstarkenden Populismus disku-

tierten **Jörg Schönenborn**, Fernsehdirektor des Westdeutschen Rundfunks, **Angelika Hellemann**, stellvertretende Politikchefin der Bild am Sonntag, **Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte**, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen, und **Frank Stauss**, Politikberater und Werbetexter. Die Moderation der Podiumsdiskussion übernahm **Stefan Weigel**, stellvertretender Chefredakteur der Rheinischen Post.

RÜCKBLICK



Die Podiumsdiskussion fand als Auftaktveranstaltung im Rahmen des Projektes „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ statt.



Nicht immerwährender Konsens aller Parteien, sondern zivili-
sierter Streit und gesunde Diskussionskultur bilden aus der Sicht
von **Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte** (M.) das Fundament der Demo-
kratie. Der Professor für Politikwissenschaft an der Universität
Duisburg-Essen kritisierte, dass Konstellationen wie die Große Ko-
alition zu einer ‚Debattenallergie‘ führen, die Populisten erst die
Chance eröffne, in der politischen Monotonie aufzufallen.



Der Politikberater und Werbetexter **Frank Stauss** merkte an, dass
auf drängende Herausforderungen unserer Zeit, wie der Digitali-
sierung oder dem demographischer Wandel, endlich passende
Antworten gefunden werden müssten, und kritisierte die mediale
Fokussierung auf ‚Scheidebatten‘ wie die jüngste von Innenmi-
nister Horst Seehofer ausgelöste Diskussion um die Frage, ob der
Islam zu Deutschland gehöre.



Auf die zu Beginn der Diskussion von Moderator aufgeworfene
Frage, inwiefern die Lücke zwischen politischem Anspruch und
gesellschaftlicher Wirklichkeit von ‚den Populisten‘ ausgenutzt
werde, erläuterte **Jörg Schönenborn** (M.) Taktik und Strategie: Sie
seien sehr geschickt darin, gerade die Menschen und ihre Ängste
zu adressieren, die sich von der Politik übergangen oder sogar ig-
noriert fühlen.



Im Hinblick auf soziale Netzwerke beobachtet **Angelika
Hellemann** (r.), stellvertretende Politikchefin der Bild am Sonntag,
dass diese für eine Verzerrung der demokratischen Debattenkultur
sorgen, jedoch gleichermaßen von einer steigenden Anzahl an
Menschen als Hauptinformationsquelle genutzt würden.

EIN JAHR MACRON

Hoffnungsträger für Frankreich und Europa?

Kooperationsveranstaltung | 14. Mai 2018



Dr. Claire Demesmay
Programmleiterin Frankreich, Deutsche
Gesellschaft für Auswärtige Politik



© Heike Bögenberger

Gila Lustiger
deutsch-französische Bestsellerautorin,
seit Oktober 2017 „Stadtschreiberin Ruhr“



© PHOENIX/Ingo Frlay

Michael Krons
Leitender Redakteur und Moderator
bei Phoenix (Moderation)



© Martin U. K. Lengemann

Dr. Sascha Lehnartz
Chefkorrespondent von WeltN24, bis 2014
Frankreichkorrespondent der WELT



© Céline Theret

Frédéric Petit
Abgeordneter der Französischen
Nationalversammlung für die Auslands-
franzosen in Deutschland und Zentral-
europa

In Kooperation mit dem Institut Français Bonn



OH HEIMAT!

Moritz von Uslar trifft Lucas Vogelsang

Kooperationsveranstaltung | 7. Juni 2018



© Philipp Wente

Lucas Vogelsang
Journalist und Autor des Buchs „Heimat-
erde: Eine Weltreise durch Deutschland“



© C. Ast/Jürgens

Moritz von Uslar
Journalist und Autor des Buchs „Deutsch-
boden: Eine teilnehmende Beobachtung“



In Kooperation mit der lit.Cologne



PATRIOTISMUS

Kooperationsveranstaltung | 9. Juli 2018



© Dennis Williamson

Robert Habeck

Bundesvorsitzender der Grünen, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein



© Kerstin Ehmer

Thea Dorn

Schriftstellerin, Dramaturgin und Fernsehmoderatorin, Autorin des Buchs „Deutsch, nicht dumpf. Ein Leitfaden für aufgeklärte Patrioten“

AUF DEM RICHTIGEN WEG? Infrastruktur und Mobilität in Nordrhein-Westfalen

Diskussionsveranstaltung | 13. September 2018

In Kooperation mit der lit.Cologne



RUSSLANDS NEUES SELBSTBEWUSSTSEIN

Diskussionsveranstaltung | 16. November 2018



© Maurice Weiss

Sigmar Gabriel MdB

Bundesminister a.D. des Auswärtigen



© Max Lautenschläger

Ronald Pofalla

Vorstand für Infrastruktur der Deutschen Bahn AG, Vorsitzender des Lenkungsausschusses des Petersburger Dialogs e.V., Bundesminister a.D.



© Ralph Söndermann

Hendrik Wüst

Minister für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen



Dr. h.c. Jürgen Gerdes

Mitglied des Vorstandes der Deutschen Post DHL Group (angefragt)

AUSBLICK

Dr. Karsten Jung hat die Bonner Akademie verlassen | Dr. Boris Berger hat übergangsweise die Geschäftsführung übernommen

Dr. Karsten Jung hat nach zwei Jahren Tätigkeit als Geschäftsführer die Bonner Akademie verlassen und ist zum 15. Februar 2018 ins Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen gewechselt. Die Geschäftsführung hat bis zur Bestellung eines Nachfolgers übergangsweise **Dr. Boris Berger** übernommen.

Prof. Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie, zum Wechsel in der Geschäftsführung: „Ich möchte – stellvertretend für die Gremienmitglieder, Mitarbeiter und Gäste der Bonner Akademie – Herrn Dr. Jung meinen herzlichen Dank aussprechen: In den vergangenen zwei Jahren hat er viele erfolgreiche Projekte auf den Weg gebracht und die Bonner Akademie strategisch weiterentwickelt. Seinem Wunsch, sich beruflich in Richtung der praktischen Politik weiterzuentwickeln, haben wir – wenn auch schweren Herzens – entsprochen. Für seine neue Aufgabe wünschen wir ihm viel Erfolg und alles Gute.“ Zugleich dankte Prof. Hombach dem Vorsitzenden des Trägervereins der Bonner Akademie, Dr. Boris Berger, der sich trotz seiner vielfältigen beruflichen Verpflichtungen zum Wohle der Akademie bereit erklärt hat, die Geschäfte bis zur Bestellung eines Nachfolgers zu führen: „Bei Herrn Dr. Berger wissen wir die Akademie in besten Händen. Als Gründungsgeschäftsführer und Vorsitzender des Trägervereins ist er mit den Strukturen, Abläufen und Projekten der BAPP bestens vertraut.“



Dr. Karsten Jung



Dr. Boris Berger



Prof. Bodo Hombach

© Volker Lannert

Minister Dr. Joachim Stamp ins Kuratorium der Bonner Akademie berufen

Dr. Joachim Stamp, stellvertretender Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, konnte als neues Mitglied für das Kuratorium der Bonner Akademie gewonnen werden. Minister Stamp ist seit Juni 2012 Landtagsabgeordneter sowie seit November 2017 Landesvorsitzender der FDP-Nordrhein-Westfalen und gehört zusätzlich dem Bundesvorstand der FDP an. Von Februar 2010 bis Juni 2012 war er Generalsekretär der FDP-NRW. Zusätzlich ist Minister Stamp seit vielen Jahren kommunalpolitisch in seiner Heimatstadt Bonn aktiv.

Prof. Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie, freut sich, Minister Stamp als neues Mitglied im Kuratorium begrüßen zu können: „Dr. Joachim Stamp hat sich in den letzten Jahren immer wieder als äußerst kluger und besonnener Kopf präsentiert. Als Minister der schwarz-gelben Landesregierung hat er bereits in den ersten Monaten seiner Amtszeit wichtige und wegweisende Akzente gesetzt. Für unsere Akademie ist es ein Glücksfall, dass Minister Stamp Mitglied in unserem Kuratorium wird. Wir freuen uns sehr, dass er zusätzlich auch die Schirmherrschaft unseres Projekts „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen am Beispiel des Ruhrgebiets“ übernimmt. Dies wird dem Projekt sehr helfen.“

Für den Trägerverein der BAPP erklärte dessen Vorsitzender, **Dr. Boris Berger**: „Die Kuratori-

umsmitgliedschaft von Dr. Joachim Stamp als Chef des „Chancenministeriums“ (Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW) ist für die Bonner Akademie ein großer Gewinn. Minister Stamp ist ein herausragender Praktiker der Landespolitik und gilt sowohl in NRW als auch auf Bundesebene als bestens vernetzt. Ein herzliches Willkommen in unserem Kuratorium, Herr Minister!“



Dr. Joachim Stamp, stellvertretender Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration



Dr. h.c. Jürgen Gerdes, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Post DHL Group sowie Vorsitzender des Kuratoriums der Bonner Akademie

„Die Bonner Akademie hat sich der praktischen Politik und dem Praxisaustausch verschrieben. Sie agiert dabei in einem breiten Wahrnehmungsfeld, stellt die heute entscheidenden Themen in den Fokus und schärft damit den Blick dafür, was morgen wichtig wird. Die bisherige Entwicklung der Akademie hat eindrucksvoll gezeigt: Hier wird der Austausch zwischen Politik, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Gesellschaft intensiv gelebt. Im Ergebnis ergibt das konkrete Impulse, wie wir alle die Zukunft besser gestalten können. Genau das ist es, was ich schätze und wichtig finde.“

„Verknüpfung von Theorie und Praxis – das ist der Auftrag und der Anspruch, den sich die Bonner Akademie selbst gesetzt hat. Seit ihrer Gründung im Jahr 2011 hat sie eine großartige Entwicklung genommen: Die Akademie ist im wissenschaftlichen Umfeld fest verankert, der Output für die Praxis ist beständig. Wir freuen uns, dass die BAPP als An-Institut unserer Universität eine Strahlkraft weit über ihren Standort in Bonn hinaus entfaltet.“



© Barbara Frommann

Prof. Dr. h.c. Michael Hoch, Rektor der Universität Bonn



© Maurice Weiss

Sigmar Gabriel MdB, Bundesminister a.D. des Auswärtigen

„In einer immer komplexer werdenden Welt braucht es neue Lösungs- und Erklärungsansätze für die Herausforderungen unserer Zeit. Hier knüpft die Bonner Akademie an, will hinterfragen, diskutieren und möglichst praktische Antworten finden – und übernimmt somit eine gleichermaßen anspruchsvolle, wichtige und unterstützenswerte Aufgabe, weshalb ich gerne regelmäßiger Gast der Akademie bin.“

PP
„Die Volksparteien und das Volk –
Demokratie zwischen Vertrauensverlust und Populismus“



ede
Sigmar Gabriel
geschäftsführendes
und seniorer des Anwaltingen

BA P
Bonner An
Für Foren
Practitioner



Die Bonner Akademie im Social Web:

